



Botschaft
der Verwaltungskommission
an das Corpus catholicum

betreffend

Neuregelung der Finanzverwaltung der Katholischen
Landeskirche Graubünden und der Beiträge an die
Kirchgemeinden

Inhaltsverzeichnis

I.	AUSGANGSLAGE	2
II.	ZIELE DES SYSTEMSWECHSELS	2
III.	NEUORDNUNG DER AUFGABENFINANZIERUNG	3
IV.	INSTRUMENTE DES NEUEN BEITRAGESYSTEMS	3
V.	VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN	4
	1. Vorgehen und Rücklauf.....	4
	2. Beurteilung der Vorlage durch die Teilnehmer der Vernehmlassung.....	4
	3. Auswertung der Ergebnisse und Anpassungen.....	4
VI.	ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN	6
	- Verordnung über die Finanzverwaltung.....	6
	- Beitragsverordnung.....	8
	I. Allgemeine Bestimmungen.....	8
	II. Jährliche Finanzbeiträge.....	9
	III. Individueller Härtefallbeitrag.....	11
	IV. Baubeiträge.....	12
	V. Förderbeitrag bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden.....	13
	VI. Übergangsregelung.....	14
	VII. Schlussbestimmungen.....	15
VII.	FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN	15
VIII.	INKRAFTTRETEN	16
IX.	ANTRÄGE	17
Anhang		
	Entwürfe Rechtserlasse	18
	- Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche GR	18
	- Beitragsverordnung.....	20
	- Ausführungsbestimmungen zur Beitragsverordnung.....	26
	- Romanische Übersetzung der Erlasstexte.....	29
	- Italienische Übersetzung der Erlasstexte.....	40
	Geltendes Recht	51
	- Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche GR	51
	- Ausführungsbestimmungen zur Berechnung der Ausgleichsbeiträge.....	56
	- Ausführungsbestimmungen zur Ausrichtung von Werkbeiträgen.....	61
	Berechnungsdaten Kirchgemeinden	64
	Berechnung jährliche Finanzbeiträge pro Kirchgemeinde	67
	Berechnungsbeispiel jährlicher Finanzbeitrag	70
	Zusammenfassung Neuregelung der Beiträge der Katholischen Landeskirche GR	71
	Übersicht politischer Gemeinden mit mehreren Kirchgemeinden	72
	Strukturen Kirchgemeinden	74

I. AUSGANGSLAGE

Der Katholischen Landeskirche Graubünden fliessen Mittel aus der Erhebung der Kultussteuer, aus dem landeskirchlichen Vermögen und aus Zuwendungen Dritter zu. Diese werden unter anderem zur Unterstützung der Kirchgemeinden in ihrer Aufgabenerfüllung verwendet. An 68 der 123 Kirchgemeinden, die rund 14'000 der 90'000 in Graubünden ansässigen Katholiken vertreten, werden pro Jahr rund CHF 2 Mio. entrichtet.

Die gesetzlichen Grundlagen, um diese sogenannten Ausgleichsbeiträge und Baubeiträge als Ausgaben zu beschliessen, finden sich in der geltenden Rechtsordnung, in der Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden vom 18. Mai 1960, den Ausführungsbestimmungen zur Berechnung der Ausgleichsbeiträge vom 1. Mai 1986 und den Ausführungsbestimmungen zur Ausrichtung von Werkbeiträgen vom 1. März 1986.

Ein markanter Rückgang der Einnahmen kommt aus der Kultussteuer aufgrund der kantonalen Unternehmensteuerreformen in den vergangenen Jahren (Steuersatzreduktion von 15% auf 5%). Betragen die Einnahmen aus der Kultussteuer für die Katholische Landeskirche im Berichtsjahr 2008/2009 CHF 8.2 Mio., haben sie sich in den letzten Jahren (2013/2014) auf CHF 4.2 Mio. eingependelt. Mit einer Verbesserung der Ertragslage in nächster Zukunft kann die Katholische Landeskirche vor diesem Hintergrund nicht rechnen.

Die Höhe des jährlichen Beitrages an die Kirchgemeinden hängt nach der heutigen Regelung weitgehend vom kommunalen Steuerfuss und vom Ausgabenverhalten der Kirchgemeinden ab. Diese Regelung der Ausgleichsbeiträge ist nicht steuerbar und setzt falsche Anreize beim Ausgabenverhalten. Zusätzlich führt diese zu umfangreichen Abklärungen für die Ermittlung der Beitragshöhe, denn die anrechenbaren Aufwendungen müssen detailliert ermittelt werden, was seitens der Kirchgemeinden und seitens der Verwaltung der Katholischen Landeskirche zu grossem Aufwand führt.

Aufgrund dieser ausgewiesenen Systemmängel und der vorgenommenen Steuerrevisionen für juristische Personen drängt sich für die Verwaltungskommission ein vollständig neues System auf. Der Handlungs- und Reformbedarf ist offensichtlich und ausgewiesen.

II. ZIELE DES SYSTEMWECHSELS

Die Verwaltungskommission hat aufgrund der negativen Erfahrungen mit der geltenden Regelung und der neuen Herausforderungen, die sich seit dem Erlass dieser Ordnung entwickelt haben, beschlossen, eine Neuregelung zu erlassen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt:

- Überlebensfähige Kirchgemeinden für die Zukunft zu fördern, indem die Eigenverantwortung der Kirchgemeinden gestärkt wird.
- Keine Übernahme von Defiziten der Kirchgemeinden.
- Die Finanzbeiträge auf mehr Katholiken zu verteilen.
- Finanzielle Anreize für Kirchgemeindefusionen zu schaffen, um die Anzahl Kirchgemeinden zu reduzieren.
- Mit den knapp werdenden Finanzen der Katholischen Landeskirche auszukommen.
- Eine bessere Planbarkeit bei der Erstellung des landeskirchlichen Voranschlages zu schaffen.

- Den administrativen Aufwand bei den Kirchgemeinden und der Katholischen Landeskirche zu vermindern.

III. NEUORDNUNG DER AUFGABENFINANZIERUNG

Die Verwaltungskommission hat die eingangs erwähnten gesetzlichen Grundlagen einer Totalrevision unterzogen.

Die Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche musste angepasst werden, damit die neue Beitragsverordnung rechtmässig verankert ist. In dieser Verordnung wird die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche geregelt. Es wird kurz dargestellt, welche Mittel vorhanden sind und wie sie verwendet werden sollen. Sie bildet die gesetzliche Grundlage, um die Ausgaben für die Aufgabenerfüllung der Katholischen Landeskirche Graubünden und die Beiträge an Dritte zu beschliessen. Darin wird geregelt, wie die Rechnungsführung erfolgt. Die Unterschriften werden geregelt und das Kontrollorgan bezeichnet.

In der Beitragsverordnung werden die jährlichen Finanzbeiträge an die Kirchgemeinden, die individuellen Härtefallbeiträge, die Baubeiträge, die Förderbeiträge bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden und Beiträge für die Zeitdauer des Überganges zum neuen System geregelt.

Mit den Ausführungsbestimmungen zur Beitragsverordnung, welche die Verwaltungskommission erlässt, werden formelle Anforderungen für die Ausgabenentrichtung geregelt und die in der Beitragsverordnung vorgesehenen Beschlüsse der Verwaltungskommission veröffentlicht.

IV. INSTRUMENTE DES NEUEN BEITRAGESSYSTEMS

Das neue System stellt vornehmlich auf die Finanzkraft der Kirchgemeinden und den kommunalen Steuerfuss ab. Um die Finanzkraft zu ermitteln werden pro Kirchgemeinde die hypothetischen Steuereinnahmen auf Einkommen und Vermögen anhand eines Referenzsteuerfusses sowie die Einnahmen aus Quellensteuern berücksichtigt. Für eine Kirchgemeinde richten sich die Finanzbeiträge der 1. Stufe und/oder der 2. Stufe nach dem kantonalen Durchschnitt und den festgelegten Kriterien. Anspruch auf den Sockelbeitrag hat sie nur, wenn sie für die Steuererhebung mindestens den Referenzsteuerfuss anwendet.

Damit der Aufwand für die Administration in den Kirchgemeinden und in der Katholischen Landeskirche vermindert wird, müssen die Kirchgemeinden bzw. die politischen Gemeinden der Landeskirche jährlich nur noch die Anzahl ansässiger Katholiken mitteilen. Die Angaben über die ordentlichen Steuern sowie der Steuerfuss der Kirchgemeinden werden von der kantonalen Steuerverwaltung zur Verfügung gestellt.

Der individuelle Härtefallbeitrag soll dort zur Anwendung kommen, wo die ordentliche Finanzierung nicht zur effizienten und bedarfsgerechten Aufgabenerfüllung durch die Kirchgemeinden ausreicht.

Die Ausrichtung von Baubeiträgen wird im neuen System vereinfacht. So wird eine abgestufte Ausrichtung von Baubeiträgen nach Gruppenzugehörigkeit von Werken und nach der Steuerbelastung von Kirchgemeinden abgeschafft.

Beim Systemwechsel kann es bei verschiedenen Kirchgemeinden in der Übergangszeit zu Mitteldefiziten führen. Deshalb sieht der Vorschlag eine Regelung zur Eindämmung der Auswirkungen vor.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, kann mit Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden eine effizientere und bedarfsgerechtere Aufgabenerfüllung ermöglicht werden. Die neue Regelung schafft eine gesetzliche Grundlage, um Beiträge an Fusionen von Kirchgemeinden zu leisten.

V. VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN

1. Vorgehen und Rücklauf

Am 27. Mai 2014 eröffnete die Verwaltungskommission das Vernehmlassungsverfahren, das bis zum 15. Juli 2014 dauerte. Eingeladen wurden die 123 Kirchgemeinden der Katholischen Landeskirche. Den Vernehmlassungsunterlagen war ein Fragebogen beigelegt. Dieser sollte einerseits die Erarbeitung der Stellungnahmen erleichtern und andererseits eine systematische Auswertung nach allen Themenbereichen ermöglichen.

In der zweiten Hälfte Juni informierte die Verwaltungskommission die Kirchgemeinden an fünf Informationsveranstaltungen im Kanton über die neue Vorlage und ersuchte sie, ihre Stellungnahmen abzugeben. Insgesamt liessen sich 66 Kirchgemeinden vernehmen.

2. Beurteilung der Vorlage durch die Teilnehmer der Vernehmlassung

Den vorgeschlagenen Systemwechsel, der in erster Linie auf den Ausgleich der Steuerkraft der Kirchgemeinden statt auf das Ausgabeverhalten der Kirchgemeinden abstellt, erachtet die weitaus grosse Mehrheit der Kirchgemeinden als unterstützenswert (45 Ja zu 18 Nein). Eine klare Mehrheit befürwortet eine Vereinfachung der Administration (57 Ja zu 5 Nein). Eine deutliche Mehrheit ergibt sich auch für das vorgesehene 3-stufige Beitragsmodell mit Sockelbeitrag, Steuerkraftausgleich 1. und 2. Stufe für die jährlichen Beiträge (37 Ja zu 24 Nein). Eine klare Mehrheit will keine Abänderung der Voraussetzungen für die Ausrichtung von Härtefallbeiträgen (41 Nein zu 17 Ja). Beinahe alle Kirchgemeinden wünschen, dass Fusionen unter den Kirchgemeinden unterstützt werden (55 Ja zu 5 Nein).

3. Auswertung der Ergebnisse und Anpassungen

Der Reformbedarf wird von den Kirchgemeinden weitestgehend anerkannt. Die Ziele und Grundkonzeption des neuen Finanzbeitragssystems finden ebenfalls breite Zustimmung. Gewünscht wird eine bessere Übergangsregelung. Auf Kritik von kleineren Kirchgemeinden stösst insbesondere, dass der Sockelbeitrag innerhalb einer politischen Gemeinde auf die Anzahl Kirchgemeinden aufgeteilt wird. Dessen Höhe erachten mehrere Kirchgemeinden als zu klein. Ein wichtiger Kritikpunkt ist vor allem das für Fusionen vorgesehene Finanzierungssystem. Grundsätzlich erachten die Kirchgemeinden die dafür vorgesehenen Finanzbeiträge nicht als zufriedenstellend und finanziell ausreichend für einen Anreiz eine Fusion einzugehen.

Die Verwaltungskommission sieht sich bestätigt, dass ein umfassender Handlungsbedarf besteht, der nur durch eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden Regelung sowie eine Neuordnung der Aufgabenfinanzierung erreicht werden kann. Eine Veranlassung, von der Grundkonzeption des neuen Finanzbeitragssystems als integrales Projekt abzuweichen, besteht nicht. Die Hauptziele der Reform, die als eigentlicher Philosophiewechsel anzusehen ist, sind von den Kirchgemeinden anerkannt.

Das neue Finanzbeitragssystem beabsichtigt vor allem eine Stärkung der Kirchgemeinden. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass die Katholische Landeskirche in unserem Kanton viele kleine Kirchgemeinden mit 200 und weniger Mitgliedern aufweist, die Mühe haben ihre Behörden zu besetzen und ihre Aufgaben autonom zu besorgen. Zu diesem Zweck soll unter anderem auch ein attraktives, finanzielles Anreizsystem für Fusionen zu grösseren Kirchgemeinden geschaffen werden.

In Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse hat die Verwaltungskommission die Beiträge neu kalkuliert und gegenüber dem in die Vernehmlassung geschickten Entwurf mehrere Änderungen vorgenommen.

An ihrer ausserordentlichen Sitzung vom 4. August 2014 hat die Verwaltungskommission folgende Änderungen gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf vorgenommen:

Beitragsverordnung (jährliche Finanzbeiträge)

Sockelbeitrag

- Auf die Reduktion des Sockelbeitrages bei mehreren Kirchgemeinden in einer politischen Gemeinde wird verzichtet.
- Gemäss Vernehmlassungsentwurf erhielt eine Kirchgemeinde, die mindestens einen Referenzsteuerfuss von zurzeit 15 % erhebt, einen Sockelbeitrag von CHF 10'000.--. Dies wirkt sich fusionshemmend aus, weil die fusionierte Kirchgemeinde auch nur einen Sockelbeitrag von CHF 10'000.-- erhält. Die Verwaltungskommission hat beschlossen, den Sockelbeitrag nicht mehr mit einer Pauschale zu berechnen. Statt dessen soll jede Kirchgemeinde pro Katholik einen Beitrag von CHF 30.-- für höchstens 1'000 Katholiken erhalten. Die Bedingung der Erhebung des Referenzsteuerfusses von mindestens 15 % bleibt bestehen. Der Sockelbeitrag kann von der Verwaltungskommission zwischen CHF 10.- und CHF 50.-- festgesetzt werden. Die Höchstzahl von Katholiken, für welche der Sockelbeitrag ausgerichtet wird, kann die Verwaltungskommission zwischen 600 und 1'200 festlegen.

1. Stufe

Keine Änderungen

2. Stufe

- Damit eine Kirchgemeinde aus der 2. Stufe Beiträge erhält, bedingt neu zusätzlich, dass sie einen Mindeststeuerfuss von zurzeit 12 % (=15 % Referenzsteuerfuss ./ 3 % Punkte) erhebt. Somit kommen Kirchgemeinden mit tiefen Steuerfüssen nicht mehr in den Genuss von Beiträgen aus der 2. Stufe.
- Im abgeänderten Entwurf sind Kirchgemeinden ab einer Grösse von 600 Katholiken (bisher 300) anspruchsberechtigt für die 2. Stufe. Dafür werden für 1'000 Katholiken (bisher 700) die Steuerkraft ausgeglichen.

Übergangsbeitrag

- Die Verwaltungskommission beschliesst die Übergangsregelung zu verbessern. Neu sollen Kirchgemeinden, die in Folge des Systemswechsels Mindereinnahmen aus den jährlichen Finanzbeiträgen erleiden, im 1. Jahr 100 %, im 2. Jahr 100 % und im 3. Jahr 50 % der im vierten, dritten und zweiten Jahr vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung entrichteten Beiträge erhalten (alt 100/75/50 %).

Förderbeitrag bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden

- Um einen Fusionsanreiz zu schaffen, beschliesst die Verwaltungskommission, Förderbeiträge auszurichten, wenn die fusionierte Kirchgemeinde mindestens 600 Katholiken erreicht. Neu soll pro Kirchgemeinde ein Beitrag von CHF 10'000.-- und zusätzlich pro Katholik ein Beitrag von CHF 400.-- für höchstens 1'000 Katholiken ausgerichtet werden.

Baubeiträge

- Die Verwaltungskommission beschliesst den Prozentsatz der beitragsberechtigten Kosten pro Objekt von 25 auf 30 % sowie die Höchstlimite (neu CHF 200'000.-- statt CHF 160'000.-- und CHF 150'000.-- statt CHF 120'000.--) zu erhöhen.

Die von der Verwaltungskommission beschlossenen Änderungen haben gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf folgende Anpassungen in den einzelnen Bestimmungen der Beitragsverordnung zur Folge:

Art. 7 Abs. 1 und 2 anpassen und Abs. 4 streichen

Art. 9 Abs. 3 und 4 anpassen

Art. 17 Abs. 1 anpassen

Art. 22 und 23 anpassen

Art. 24 Abs. 1 und 2 und Art. 27 anpassen

Die beschlossenen Änderungen in der Beitragsverordnung haben folgende Anpassungen in den Ausführungsbestimmungen zur Folge:

Art. 6 Ergänzung

Art. 7 Abs. 1 und 3 anpassen und Abs. 2 streichen

Art. 9, 10 und 11 anpassen

Angeichts wesentlicher Änderungen in einzelnen Bereichen (Sockelbeitrag, Übergang, Ausgleich 2. Stufe, Fusionsbeitrag), welche die Verwaltungskommission nach der Vernehmlassung beschlossen hat, wird sie die Kirchgemeinden anfangs Oktober an vier Infoveranstaltungen über diese Änderungen informieren.

VI. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN

VERORDNUNG ÜBER DIE FINANZVERWALTUNG

Art. 1 Zweck

In Art. 1 wird der Zweck zur Führung einer Finanzverwaltung für die Belange der Landeskirche umschrieben, nämlich für die Verwaltung ihrer Einnahmen, ihres Vermögens

und der Fonds. Zugleich wird festgehalten, dass für die erwähnten Bereiche eine eigenständige Buchführungspflicht besteht.

Art. 2 Aufsicht

Gemäss dieser Bestimmung wird die Verantwortung für die Finanzverwaltung der Verwaltungskommission zugeteilt. In Abs. 2 werden neu bei Verletzung von Amtspflichten durch Mitglieder der Verwaltungskommission ausdrücklich die kantonalen Bestimmungen über die Staatshaftung für anwendbar erklärt.

Art. 3 Mittelbeschaffung

In dieser Bestimmung wird dargelegt, auf welche Weise die Landeskirche ihre Einnahmen generiert (Kultussteuer, Erträge ihres Vermögens, Zuwendungen Dritter).

Art. 4 Mittelverwendung

In Abs. 1 wird umschrieben wie die Landeskirche ihre jährlich zur Verfügung stehenden Mittel verwenden soll. In lit. a) sind alle Rechtstitel aufgeführt, unter denen gemäss Gesetzgebung Beiträge an die Kirchgemeinden möglich sind, nämlich die Finanzbeiträge, die Baubeiträge, die Härtefallbeiträge und die Förderbeiträge bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden. Mit der Aufgabenerfüllung in lit. b) sind die der Landeskirche angegliederten Fachstellen gemeint, wie das Katechetische Zentrum Chur, die Rektoratsstelle, die Jugendberatungsstelle, die Beratungsstelle für Lebens- und Familienfragen sowie die Mediothek. Mit den Beiträgen an Dritte gemäss lit. c) sind die Beiträge an das Bistum, an die Römisch-Katholische Zentralkonferenz, an die Theologische Hochschule in Chur, an das Priesterseminar, an weitere mögliche Institutionen sowie an soziale und caritative Einrichtungen wie die Caritas etc. gemeint. Die übrigen Kosten gemäss lit. d) betreffen die Kosten für die Verwaltung der Landeskirche.

In Abs. 2 ist der Grundsatz festgelegt, dass sämtliche Ausgabebeschlüsse der Exekutive unter dem Vorbehalt der Genehmigung der entsprechenden Budgetpositionen durch das Corpus catholicum stehen.

Abs. 3 schafft die ausdrückliche gesetzliche Grundlage für unvorgesehene bzw. dringliche Ausgabenbeschlüsse durch die Verwaltungskommission, die sie ausserhalb des Budgets beschliessen kann.

Art. 5 Rechnungsführung

In dieser Bestimmung werden organisatorische und technische Fragen zur Buchführung geregelt und die Verantwortung dafür der Verwaltungskommission übertragen.

Art. 6 Unterschriftenregelung

Diese Bestimmung statuiert für die Verpflichtung der Landeskirche den Grundsatz der Kollektivunterschrift.

Art. 7 Kontrollorgan

Art. 7 regelt die Aufgaben und Kompetenzen der Geschäftsprüfungskommission als Kontrollorgan.

Art. 8 Inkrafttreten

Keine Bemerkungen

BEITRAGSVERORDNUNG

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand und Zweck

Diese Bestimmung hält die wichtigsten Bestandteile der Verordnung fest. Inhaltlich umfasst das neue Finanzbeitragssystem die jährlichen Finanzbeiträge, - deren Bestandteile den Sockelbeitrag und den Steuerkraftausgleich 1. und 2. Stufe bilden -, die Beiträge in Härtefällen, die Baubeiträge und die Finanzbeiträge zur Förderung von Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden sowie die Übergangsbeiträge. Das Instrument des Finanzbeitrags knüpft neu an den Steuerfuss der Kirchgemeinden, die Anzahl der Kirchgemeindemitglieder und die Ertragskraft der Kirchgemeinden. Ein allfälliger betrieblicher Aufwandüberschuss einer Kirchgemeinde spielt bei der Ermittlung des Finanzbeitrages keine Rolle mehr. Insofern findet mit der Einführung des neuen Finanzbeitragssystems ein eigentlicher Paradigmenwechsel statt.

Art. 2 Ziel

In Art. 2 sind die wichtigsten Ziele der Reform des Finanzbeitragsystems festgehalten. Im Mittelpunkt steht die effiziente und bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung durch die Kirchgemeinden und die Verringerung der Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Steuerbelastung. Ergänzende Themen sind zudem die Vereinfachung des administrativen Aufwands und die Förderung von Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden.

Art. 3 Vorbehalt des Ausgabenbeschlusses

Diese Bestimmung hält den Grundsatz fest, wonach die Schlüsselgrößen für die jährlichen Finanzbeiträge durch das Corpus catholicum im Rahmen des jährlichen Budgets beschlossen werden, wie dies in Art. 13 Ziff. 6 der Verfassung der Katholischen Landeskirche vorgeschrieben ist. Mit dem Kreditbeschluss des Corpus catholicum für die einzelnen Beitragskategorien (Finanzbeiträge, Baubeiträge, Beiträge in Härtefällen und Beiträge zur Förderung von Zusammenschlüssen sowie Übergangsbeiträge) wird das Gesamtvolumen an Finanzbeiträgen, welche den Kirchgemeinden jährlich ausgerichtet werden können, festgelegt.

Die Verwaltungskommission und die Kirchgemeinden sind daran gebunden. Darüber hinausgehende Ausgaben für Finanzbeiträge an die Kirchgemeinden können durch die Verwaltungskommission nicht beschlossen werden. Mit dem Systemwechsel wird dadurch eine bessere Planbarkeit der Finanzen auf Seiten der Landeskirche erreicht. Vor allem wird es der Verwaltungskommission und dem Corpus catholicum im Rahmen der jährlichen Budgetierung in Zukunft möglich sein, besser auf eine allfällige wesentliche Veränderung der Einnahmen der Landeskirche reagieren zu können. So kann der Sockelbeitrag, der Steuerkraftausgleich 1. Stufe und der Steuerkraftausgleich 2. Stufe innerhalb der in der Beitragsverordnung vorgegebenen Rahmen angepasst werden (Art. 7 Abs. 1 BV und Art. 7 Abs. Ausführungsbestimmungen zur BV; Art. 6 lit. g BV und Art. 5 der Ausführungsbestimmungen zur BV; Art. 9 Abs. 3, 4 und Art. 10 und 11 der Ausführungsbestimmungen zur BV). Diese auf Gesetzesstufe vorgesehene Flexibilität und Steuerungsmöglichkeit des Corpus catholicum im Rahmen des Budgets, die im alten Ausgleichssystem nicht vorgesehen ist und einen Systemmangel darstellt, stellt eine wichtige Neuerung des neuen Finanzbeitragssystems dar.

II. Jährliche Finanzbeiträge

Art. 4 Zweck

Das Instrument des Finanzbeitrages dient dazu, die Unterschiede in der Mittelausstattung zu verringern und den Kirchgemeinden eine Grundausrüstung an zweckfreien Mitteln zur Aufgabenerfüllung zu sichern. Indem die Ausrichtung von Finanzbeiträgen nicht mehr an konkrete Ausgabepositionen der Kirchgemeinden anknüpft, wird eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung gefördert und die finanzielle Eigenverantwortung der Kirchgemeinden gestärkt.

Art. 5 Beitragsarten

Der jährliche Finanzbeitrag besteht aus drei Beitragsarten; dem Sockelbeitrag, dem Steuerkraftausgleich 1. Stufe und dem Steuerkraftausgleich 2. Stufe. Sofern die Voraussetzungen für alle drei Beitragsarten erfüllt sind, erhält eine Kirchgemeinde den vollen Finanzbeitrag.

Für den Sockelbeitrag trifft dies zu, wenn eine Kirchgemeinde den Referenzsteuerfuss von derzeit 15 % erreicht (Art. 7 Abs. 3 BV in Verbindung mit Art. 4 der Ausführungsbestimmungen zur BV). Für den Steuerkraftausgleich 1. Stufe trifft dies zu, wenn eine Kirchgemeinde unter dem kantonalen Durchschnittsbeitrag pro Kopf an Kirchensteuereinnahmen von 60 %, derzeit CHF 161.-- pro Kopf, liegt (Art. 8 Abs. 3 BV in Verbindung mit Art. 5 der Ausführungsbestimmungen zur BV). Für den Steuerkraftausgleich 2. Stufe trifft dies zu, wenn eine Kirchgemeinde unter dem kantonalen Durchschnittsbeitrag pro Kopf an Kirchensteuereinnahmen von 90 %, derzeit CHF 241.-- pro Kopf, liegt, mindestens 600 Mitglieder aufweist und wenn ihr Steuerfuss den Referenzsteuerfuss nicht mehr als 3 Prozentpunkte, derzeit somit 12 %, unterschreitet (Art. 9 Abs. 3 BV in Verbindung mit Art. 6 der Ausführungsbestimmungen zur BV).

Beitragsarten		
Sockelbeitrag	1. Stufe	2. Stufe
CHF 10 - 50 (30.-) pro K	40 % - 70 % (60 %)	71 % - 100 % (90 %)
Referenzsteuerfuss (15 %)	Ohne Bedingungen	Referenzsteuerfuss 15%-3% P. (12 %)
Höchstens 600 - 1200 (1'000)		mind. KGM 600- 900 (600) höchst. KGM 900-1200 (1'000)

Art. 6 Bemessungsgrundlagen

In dieser Bestimmung sind die Parameter des neuen Finanzsystems aufgeführt, welche die Grundlage ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Finanzbeiträge an Kirchgemeinden ausgerichtet werden.

Der in lit. a) erwähnte Steuerfuss der Kirchensteuer gibt Auskunft über den effektiven Ausschöpfungsgrad und das mögliche Ausschöpfungspotenzial jeder Kirchgemeinde.

Lit. c) definiert die massgebenden Ertragsgrundlagen einer Kirchgemeinde. Es handelt sich um die wichtigsten Einnahmequellen der Kirchgemeinden. Diese sind die Steuereinnahmen

der Kirchgemeinden auf Einkommen und Vermögen sowie die Quellensteuern und Kapitalabfindungen. Die Erträge dieser Steuerkategorien bilden die Grundlage für die Ausrichtung der Finanzbeiträge bzw. für den Steuerkraftausgleich. Die Quellensteuern werden ab dem Jahr 2019 berücksichtigt, weil deren einheitliche Erfassung durch den Kanton erst ab 2015 erfolgen wird.

Ein Referenzsteuerfuss für alle Kirchgemeinden gemäss lit.d) ist erforderlich, um die Finanzkraft pro Kopf jeder Kirchgemeinde unter gleichen Bedingungen ermitteln und vergleichen zu können. Der Verwaltungskommission wird eine Bandbreite eingeräumt, innerhalb welcher sie den Referenzsteuersatz festlegen kann, derzeit von 15 %.

Der in lit. e) erwähnte Durchschnittsbetrag pro Kopf und Kirchgemeinde zum Referenzsteuerfuss gibt Auskunft über die effektive Steuer- bzw. Finanzkraft pro Kopf und Kirchgemeinde. Der über den Zeitraum von drei Jahren ermittelte Durchschnittsbetrag ist repräsentativer und gleicht die jährlichen Unterschiede aus.

Der in lit. f) ermittelte Durchschnittsbetrag pro Kopf für alle Katholiken im Kanton gilt als Normindex von 100 %. In der 1. Stufe werden Kirchgemeinden, welche die Ausgleichschwelle von 60% des kantonalen Durchschnittsbetrags pro Kopf nicht erreichen, ausgeglichen. In der 2. Stufe, werden Kirchgemeinden, welche die Ausgleichschwelle von 90% des kantonalen Durchschnittsbetrags pro Kopf nicht erreichen, ausgeglichen. Je weiter entfernt sich eine Kirchgemeinde vom kantonalen Durchschnitt pro Kopf (Normindex 100 %) befindet, desto grösser ist ihr Pro-Kopf Beitrag, den sie als Ausgleich erhält (Ausstattung).

In lit. g) ist die Bandbreite für die durchschnittlichen Steuereinnahmen pro Kopf zwischen 40 und 70 % festgelegt, innerhalb welcher die Verwaltungskommission den Steuersatz für den Ausgleich 1. Stufe festlegen kann, derzeit von 60 %.

In lit. h) ist die Bandbreite für die durchschnittlichen Steuereinnahmen pro Kopf zwischen 71 und 100 % festgelegt, innerhalb welcher die Verwaltungskommission den Steuersatz für den Ausgleich 2. Stufe festlegen kann, derzeit von 90 %.

Art. 7 Sockelbeitrag

Der Sockelbeitrag kann gemäss Abs. 1 zwischen CHF 10.-- und CHF 50.-- festgesetzt werden, die Höchstzahl von Katholiken, für welche der Sockelbeitrag ausgerichtet wird, kann die Verwaltungskommission zwischen 600 und 1'200 festlegen. Zurzeit soll jede Kirchgemeinde pro Katholik einen Beitrag von CHF 30.-- für höchstens 1'000 Katholiken erhalten. Dies gemäss Abs. 3 unter der Bedingung eines von der Verwaltungskommission festgelegten Steuerfusses, von zurzeit 15 %. Der Sockelbeitrag dient dazu, die Unterschiede in der Mittelausstattung der ressourcenschwachen Kirchgemeinden (mit einem Steuerfuss von 15 %) zu verringern. In der Regel kommen Kirchgemeinden, die den Sockelbeitrag erhalten, zudem mindestens auch in den Genuss des Steuerkraftausgleichs 1. Stufe.

Bei dem zurzeit festgelegten Pro-Kopf Beitrag von CHF 30.-- für maximal 1'000 Katholiken hat die Landeskirche für die Kirchgemeinden unter dieser Beitragsart nach ihren Berechnungen jährlich einen Gesamtbetrag von CHF 837'330.-- auszurichten.

Art. 8 Steuerkraftausgleich 1. Stufe

Den Steuerkraftausgleich 1. Stufe erhalten Kirchgemeinden mit einem eigenen Durchschnittsbetrag pro Kopf, welche die Ausgleichschwelle von derzeit 60% des kantonalen Durchschnittsbetrags pro Kopf nicht erreichen. Es wird die Differenz zwischen dem

Durchschnittsbetrag pro Kopf in der konkreten Kirchgemeinde und dem kantonalen Durchschnittsbetrag pro Kopf auf der Basis von 60 % ausgeglichen.

Bei der festgelegten Ausgleichsschwelle von 60 % in der 1. Stufe hat die Landeskirche für die Kirchgemeinden unter dieser Beitragsart nach ihren Berechnungen jährlich einen Gesamtbetrag von CHF 252'699.-- auszurichten.

Art. 9 Steuerkraftausgleich 2. Stufe

Den Steuerkraftausgleich 2. Stufe erhalten Kirchgemeinden mit einem eigenen Durchschnittsbetrag pro Kopf, welche die Ausgleichsschwelle von derzeit 90% des kantonalen Durchschnittsbetrags pro Kopf nicht erreichen. Es wird die Differenz zwischen dem Durchschnittsbetrag pro Kopf in der konkreten Kirchgemeinde und dem kantonalen Durchschnittsbetrag pro Kopf auf der Basis von 90 % ausgeglichen. Kommt eine Kirchgemeinde zugleich in den Genuss des Steuerkraftausgleichs 1. Stufe, ist dieser in Abzug zu bringen.

Bei der festgelegten Ausgleichsschwelle von 90 % in der 2. Stufe hat die Landeskirche für die Kirchgemeinden unter dieser Beitragsart nach ihren Berechnungen jährlich einen Gesamtbetrag von CHF 750'259.-- auszurichten.

Art.10 Fälligkeit

Der Finanzbeitrag, bestehend aus dem Sockelbeitrag und/oder dem Steuerkraftausgleich 1. Stufe und/oder dem Steuerkraftausgleich 2. Stufe, ist im Juni des Folgejahres nach der Beschlussfassung des Corpus catholicums an der ordentlichen Jahresversammlung im Oktober des Vorjahres auszuführen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Kirchgemeinde die Anzahl ihrer Mitglieder per 31. Dezember mitgeteilt hat. Sofern das nicht der Fall ist, tritt die Fälligkeit nicht ein und die Landeskirche ist nicht zur Zahlung verpflichtet.

III. Individueller Härtefallbeitrag

Art. 11 Individueller Härtefallbeitrag

Mit dem individuellen Härteausgleich sollen Kirchgemeinden vor einer finanziellen Notlage bewahrt werden. Die Verwaltungskommission soll die Möglichkeit erhalten, einer Kirchgemeinde auf Gesuch hin für übermässige Lasten aufgrund ausserordentlicher Verhältnisse nach objektiven Kriterien Sonderbeiträge zu gewähren. Die Kirchgemeinde hat zu belegen, dass sie ohne ihre Mitwirkung in diese Schräglage geraten ist.

Art. 12 Voraussetzungen

Grundvoraussetzung für die Ausrichtung eines Härtefallbeitrages ist die Ausschöpfung sämtlicher Möglichkeiten der Selbsthilfe. Dazu gehört gemäss lit. a) der Bestimmung ein Mindeststeuerfuss, der derzeit 20 % beträgt (Art. 12 Ausführungsbestimmungen zur BV). Hinzu kommt nach lit. b) der Bestimmung, dass die betreffende Kirchgemeinde keine Möglichkeit zu einem Zusammenschluss mit anderen Nachbarkirchgemeinden hat.

Art. 13 Gesuch

Eine Kirchgemeinde, die einen Härtefallbeitrag beanspruchen möchte, hat der Verwaltungskommission gemäss Abs. 1 der Bestimmung ein Gesuch einzureichen. Bei der Bemessung des Härteausgleichbeitrages ist die Finanz- und Vermögenslage der Kirchgemeinde zu berücksichtigen. Besondere Lasten liegen erst dann vor, wenn sie im Vergleich zu anderen Kirchgemeinden als übermässig bezeichnet werden müssen. Damit ein

Härtefall bejaht werden kann, müssen die übermässigen Lasten für die betroffene Kirchgemeinde eine finanzielle Notlage bewirken bzw. das Haushaltsgleichgewicht der Kirchgemeinde nachhaltig stören. Ferner setzt die Gewährung eines Härtefallbeitrages die Ausschöpfung aller Selbsthilfemassnahmen in zumutbarem Ausmasse voraus. Im Übrigen entscheidet die Verwaltungskommission über einen Beitrag für den Härtefall nach freiem Ermessen.

Art. 14 Rechtsanspruch

Es soll kein Rechtsanspruch auf Beiträge für den Härtefall geschaffen werden. In der Verordnung wird festgehalten, unter welchen Bedingungen und mit welchem Verfahren Beiträge unter diesem Titel gewährt werden können.

Mindeststeuerfuss 20 % - 25 %

Gesuch

IV. Baubeiträge

Art. 15 Zweck

Baubeiträge an sakrale Bauten sollen nach wie vor ausgerichtet werden. Im Vergleich zur geltenden Ordnung werden Pfarrhäuser nicht mehr finanziell unterstützt. An einzelne Räumlichkeiten in einem Pfarrhaus, die der Seelsorge dienen, werden weiterhin finanzielle Beiträge ausgerichtet, jedoch ohne Einrichtungen.

Art. 16 Voraussetzung

Die Kirchgemeinde, die einen Baubeitrag beantragt, muss wie nach der geltenden Regelung mindestens den von der Verwaltungskommission festgelegten Referenzsteuersatz für die Dauer von 5 Jahren anwenden, und zwar nach dem Beitragsbeschluss. Nach der alten Regelung hatte die Kirchgemeinde die Möglichkeit, den Mindeststeuerfuss während 5 Jahren vor oder nach dem Baubeschluss anzuwenden. Diese Wahlmöglichkeit wird hiermit abgeschafft. Zudem muss die Kirchgemeinde neu auch in den beiden Jahren, die dem Beitragsbeschluss vorausgehen, den Mindeststeuerfuss anwenden. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die gesamte Finanzierung zusammen mit dem beantragten Baubeitrag gesichert sein muss.

Art. 17 Höhe

Im Vergleich zur geltenden Ordnung, richtet sich der Beitragssatz nicht mehr nach ihrer Gruppen-Zugehörigkeit und andererseits nach der Steuerbelastung in der ersuchenden Kirchgemeinde. Der Beitragssatz beträgt für alle beitragsberechtigte Objekte 30 %. Innerhalb von 15 Jahren wird für Kirchen höchstens CHF 200'000.00 ausgerichtet, bei Kapellen und bei der Seelsorge dienenden Pfarreiräumlichkeiten höchstens CHF 150'000.00. Gemäss geltender Regelung werden für Kirchen und Kapellen der Gruppe 1 max. CHF 160'000.00 und für Kirchen und Kapellen der Gruppe 2 max. CHF 50'000.00 sowie für Pfarrhäuser und Kirchgemeindezentren max. CHF 120'000.00 ausgerichtet.

Art. 18 Nicht beitragsberechtigzte Kosten

In Art. 18 sind die Objekte aufgelistet, an welche keine Baubeiträge geleistet werden. Abweichend zur geltenden Regelung ist eine Mindesthöhe der beitragsberechtigzten Kosten

von CHF 50'000.00 pro Objekt gefordert. Neubauten und Renovationen bis CHF 50'000.00 pro Objekt sind nicht beitragsberechtigt. Bei Kirchturmsanierungen sind 50 % nicht beitragsberechtigte Kosten. Der Kirchturm ist vielerorts 50 % im Besitze der politischen Gemeinde.

Art. 19 Gesuch

Eine Kirchgemeinde, die einen Baubeitrag beanspruchen möchte, hat der Verwaltungskommission gemäss Abs. 1 der Bestimmung ein Gesuch einzureichen. Das Gesuch ist vor Baubeginn einzureichen. Mit den Bauarbeiten darf unter Verwirkungsfolge erst begonnen werden, wenn über das Beitragsgesuch entschieden ist.

Art. 20 Fälligkeit

Die Baubeiträge werden nach Vorliegen der genehmigten Schlussabrechnung ausbezahlt. Dies gilt bereits in der geltenden Ordnung.

Art. 21 Reduktion und Rückerstattung

Senkt die Kirchgemeinde bis fünf Jahre nach der Beschlussfassung ihren Steuerfuss unter den von der Verwaltungskommission für das Jahr der Beschlussfassung festgelegten Referenzsteuerfuss, reduziert sich der Baubeitrag pro Rata. Ist die Auszahlung des Baubeitrages bereits erfolgt, ist die Kirchgemeinde verpflichtet, den zuviel erhaltenen Beitrag zinsfrei rückzuerstatten.

**Referenzsteuerfuss 15 %
2 Jahre vor / 5 Jahre nach Beitragsbeschluss
30 % höchstens CHF 200'000.00 / CHF 150'000.00**

V. Förderbeitrag bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden

Art. 22 Zweck

Ein wichtiges Anliegen der Systemreform ist die Förderung von Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden. Viele Kirchgemeinden sind heute zu klein, um ihre Aufgaben eigenständig und effizient erfüllen zu können. Ein Hinweis dafür ist der Umstand, dass in den 68 Kirchgemeinden (von insgesamt 123 Kirchgemeinden), die heute Ausgleichsbeiträge erhalten, gerade einmal 14'000 Katholiken der rund 90'000 Katholiken in unserem Kanton wohnen. Schwierigkeiten bereitet manchmal auch die Behördenbesetzung in den kleineren Kirchgemeinden. Oftmals betreut die gleiche Pfarrperson mehrere kleine Kirchgemeinden gleichzeitig. Insoweit ist die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Kirchgemeinden schon heute Realität. In der Vernehmlassung begrüssen beinahe alle Kirchgemeinden die Unterstützung von Fusionen unter den Kirchgemeinden.

Art. 23 Voraussetzungen

Bedingung für die Ausrichtung von Förderbeiträgen ist, dass die neu fusionierte Kirchgemeinde mindestens eine Anzahl von 600 Mitgliedern erreicht. Damit wird ein Anreiz gesetzt, dass sich grössere Kirchgemeinden mit kleinen Kirchgemeinden zusammenschliessen oder dass nicht nur einzelne sondern mehrere kleine Kirchgemeinden fusionieren. Die Mindestanzahl von 600 Mitgliedern macht auch Sinn, weil eine Kirchgemeinde mindestens 600 Mitglieder haben muss, um in den Genuss des Steuerkraftausgleichs 2. Stufe zu kommen. Ein Ziel ist sodann mittelfristig die territoriale

Deckungsgleichheit der Kirchgemeinden mit den politischen Gemeinden erreichen zu können.

Art. 24 Höhe

Der neu fusionierten Kirchgemeinde wird pro Kirchgemeinde ein Beitrag von CHF 10'000.-- ausgerichtet. Der Pauschalbetrag pro Kirchgemeinde wird unabhängig der Anzahl Mitglieder in der Kirchgemeinde ausgerichtet. Insofern bedeutet dieser Beitrag gerade für kleinere Kirchgemeinden einen interessanten Anreiz. Die wichtigste Beitragsart für Fusionen ist hingegen der Beitrag von CHF 400.-- pro Katholik. Bei einem beitragsberechtigten Zusammenschluss von mindestens zwei Kirchgemeinden, der gesamthaft 600 Katholiken voraussetzt, ergibt dies einen Förderbeitrag von insgesamt CHF 260'000.-- (CHF 240'000.- für die Mitglieder und CHF 20'000.-- für zwei Kirchgemeinden). Umfasst die Fusion mehrere kleine Kirchgemeinden erhöht sich entsprechend der Beitrag pro Kirchgemeinde. Beteiligt sich eine mitgliederstarke Kirchgemeinde an einem Zusammenschluss, kann sich der Betrag pro Katholik bis zur maximalen Anzahl von 1000 Mitgliedern auf insgesamt CHF 400'000.-- erhöhen.

Art. 25 Gesuch

Das Beitragsgesuch ist von allen fusionswilligen Kirchgemeinden gemeinsam bei der Verwaltungskommission einzureichen.

Art. 26 Fälligkeit

Zur Auszahlung gelangen soll der Förderbeitrag ein Monat nach Inkrafttreten des Fusionsbeschlusses, d.h. im Regelfall jeweils anfangs des Jahres, da die Inkraftsetzung der Fusion bzw. die Aufnahme der Arbeit der neu fusionierten Kirchgemeinde zu Beginn eines Jahres angesetzt wird.

Fusionsbeiträge		
Bedingung	Beitrag pro Kirchgemeinde	Beitrag pro Katholik
mind. 600 Katholiken für max. 1'000 Katholiken	CHF 10'000	CHF 400

VI. Übergangsregelung

Art. 27 Übergangsregelung

Der Übergang zum neuen Finanzbeitragsystem verursacht Veränderungen. Obwohl das Volumen für das neue Finanzbeitragssystem vorläufig gleich bleibt, werden kleinere Kirchgemeinden, die ihre Einnahmen- und Ausgabenstruktur auf das bisherige Ausgleichssystem ausgerichtet hatten, zum Teil neu weniger Finanzbeiträge erhalten. Der auf drei Jahre befristete Ausgleich ist als temporäre Übergangshilfe gedacht und bildet nicht eigentlicher Bestandteil des neuen Finanzbeitragssystems. Um den Übergang zum neuen System zu erleichtern, werden Kirchgemeinden, die in Folge des Systemwechsels Mindereinnahmen aus den jährlichen Finanzbeiträgen erleiden, angemessene Kompensationszahlungen ausbezahlt. Insgesamt ist es für die dreijährige Übergangsregelung mit einem Betrag von CHF 3.2 Mio. zu rechnen, welcher die Landeskirche zur Verfügung stellt.

Im ersten und zweitem Jahr des Inkrafttretens der neuen Regelung werden 100% des Durchschnittes der Ausgleichsbeiträge ausbezahlt, die im 4., 3. und 2. Jahr vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung ausgerichtet worden waren. Im dritten Jahr nach Inkrafttreten der neuen Regelung werden noch 50 % des Durchschnitts der Ausgleichsbeiträge gemäss altem Recht wie oben ausbezahlt. Ein Härtefall im Sinne von Art. 11 ff. BV kann demnach frühestens im 4. Jahr nach Inkrafttreten der neuen Regelung in Frage kommen. Der auf drei befristete Ausgleich soll verhindern, dass bestehende Strukturen zementiert werden. Gleichzeitig soll diese komfortable Lösung, welche während zwei Jahren den vollen Ausgleich vorsieht, den Kirchgemeinden Gelegenheit und Zeit geben, ihre Aufgaben und Strukturen zu überdenken und anzupassen.

Übergangsregelung			
1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	Ausgaben Total
100 %	100 %	50 %	CHF 3.2 Mio.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 28 Ausführungsbestimmungen

In dieser Bestimmung wird nochmals die Zuständigkeit der Verwaltungskommission zum Erlass der nach dieser Verordnung erforderlichen Ausführungsbestimmungen und Beschlüsse festgehalten.

Art. 29 Inkrafttreten

Keine Bemerkungen.

VII. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Für die ordentliche Ausschüttung der neuen Finanzbeiträge ist ein Beitragsvolumen von total rund CHF 2.0 Mio. pro Jahr wie für die Ausgleichsbeiträge nach dem alten System vorgesehen. Aufgrund von sich aufdrängenden Umstrukturierungen in den nächsten Jahren kann von einer abnehmender Tendenz an Ausschüttungen von Finanzbeiträgen ausgegangen werden. Für die Ausrichtung der jährlichen Baubeiträge wird ebenfalls wie bisher ein Gesamtbetrag von rund CHF 600'000.-- pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden im ordentlichen Budgetverfahren zur Verfügung gestellt und richten sich nach der Entwicklung der Einnahmen der Katholischen Landeskirche. Die Ausgabenpositionen können ausgeglichen gehalten werden.

Ein individueller Härtefallbeitrag wird frühestens in vier Jahren nach Inkrafttreten des neuen Systems aktuell, nachdem die Übergangsregelung zur Abdämpfung von Mehrbelastungen infolge des Systemwechsels abgelaufen sein wird. Wahrscheinlich wird es dannzumal nur wenige oder gar keinen Härtefall geben. Der entsprechende Finanzbedarf lässt sich deswegen zurzeit nicht abschätzen. Auf jeden Fall wird er, sofern überhaupt erforderlich, gering ausfallen.

Die in der Vorlage vorgesehene Übergangsregelung führt innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten der Beitragsverordnung zu Ausgaben von rund CHF 3.2 Mio. Dieser von der

Katholischen Landeskirche zu finanzierende befristete Ausgleich infolge des Systemswechsels ist als einmalige Ausgabe zu betrachten, die zu einer Mehrbelastung der Katholischen Landeskirche im erwähnten Umfange führt. Finanziert wird die einmalige Ausgabe nicht aus dem laufenden Haushalt, sondern aus dem Eigenkapital durch Auflösung von Rückstellungen.

Für künftige Umstrukturierungen im Sinne von Kirchgemeindegemeinschaften wird in den nächsten Jahren mit einmaligen Ausgaben von rund CHF 8 Mio. gerechnet. Der angegebene Finanzbedarf für Förderbeiträge beruht auf Prognosen von verschiedenen möglichen Fusionsszenarien, die unter dem Gesichtspunkt einer bedarfsgerechten Auftragserfüllung auf der Hand liegen und umgesetzt werden sollten. Über wie viele Jahre die geschätzten Ausgaben für Förderbeiträge anfallen, kann heute nicht abgeschätzt werden. Auszugehen ist, dass die ersten Förderbeiträge für einen Zusammenschluss von Kirchgemeinden im zweiten Jahr nach Inkrafttreten der Beitragsverordnung bereit zu stellen sind. Der Bedarf für diese Mehrbelastung kann nicht aus dem allgemeinen Haushalt gedeckt werden. Es wird finanziert durch Auflösung von Rückstellungen, wie dies ebenfalls für die Finanzierung der befristeten Übergangsregelung geplant ist.

Vorgesehen ist, dass die Finanz- und Baubeiträge nach der neuen Beitragsverordnung nicht zu einer Mehrbelastung für die Katholische Landeskirche führen werden. Gleich wie nach der geltenden Regelung sind derzeit für die Finanz- und Baubeiträge jährliche Ausgaben von insgesamt rund CHF 2.6 Mio. (Finanzbeiträge CHF 2.0 Mio., Baubeiträge CHF 0.6 Mio.) geplant. Die befristete Übergangsregelung führt für die Katholische Landeskirche zu einer einmaligen Mehrbelastung von CHF 3.2 Mio., das Fördervolumen bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden zu einer einmaligen Mehrbelastung von CHF 8 Mio. Insgesamt wird die neue Beitragsverordnung für die Katholische Landeskirche infolge des Systemwechsels und der Anreizförderung für Umstrukturierungen zu einer einmaligen Mehrbelastung verteilt auf mehrere Jahre von CHF 11.2 Mio. führen.

Kosten neues Beitragssystem		
Kosten:	jährliche	Einmalige Mehrausgaben
Finanzbeiträge	CHF 2.0 Mio.	
Baubeiträge	CHF 0.6 Mio.	
Übergangsregelung		CHF 3.2 Mio.
Förderbeiträge		CHF 8.0 Mio.
Total	CHF 2.6 Mio.	CHF 11.2 Mio.

VIII. INKRAFTTRETEN

Die neuen gesetzlichen Grundlagen werden per 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt.

IX. ANTRÄGE

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Totalrevision der Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden zuzustimmen;
3. die Beitragsverordnung der Katholischen Landeskirche zu erlassen und die Ausführungsbestimmungen zur Beitragsverordnung zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident des Corpus catholicum, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Verwaltungskommission

Der Präsident: P. Berther

Der Vizepräsident: C. Battaglia

Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden

Gestützt auf Art. 13 Ziff. 2 und Art. 36 der Verfassung der Katholischen Landeskirche Graubünden, erlassen vom Corpus catholicum am 29. Oktober 2014

Zweck	<p>Art. 1</p> <p>1 Die Katholische Landeskirche Graubünden verwaltet die Einnahmen, das Vermögen und die Fonds und führt dazu eine eigenständige Buchhaltung.</p> <p>2 Diese Verordnung bildet die gesetzliche Grundlage für Ausgabenbeschlüsse soweit nicht in anderen Verordnungen anderes geregelt ist.</p>
Aufsicht	<p>Art. 2</p> <p>1 Die Finanzverwaltung obliegt der Verwaltungskommission.</p> <p>2 Sie wird ausgeführt durch den Vorsteher des Departements Finanzen. Er beaufsichtigt die Rechnungsführung und erstattet der Verwaltungskommission Bericht.</p> <p>3 Die Mitglieder der Verwaltungskommission der Katholischen Landeskirche Graubünden haften bei Verletzung ihrer Amtspflichten nach den Grundsätzen der jeweiligen Bestimmungen des Kantons Graubünden über die Staatshaftung.</p>
Mittelbeschaffung	<p>Art. 3</p> <p>Die Mittel werden beschaffen durch:</p> <ul style="list-style-type: none">a) die der Katholischen Landeskirche Graubünden zukommenden Erträge der staatlichen Kultussteuernb) die Erträge des landeskirchlichen Vermögensc) die Zuwendungen und Beiträge Dritter
Mittelverwendung	<p>Art. 4</p> <p>1 Die der Katholischen Landeskirche Graubünden jährlich zur Verfügung stehenden Mittel sind zu verwenden für:</p> <ul style="list-style-type: none">a) die jährlichen Finanzbeiträge, individuellen Härteausgleichsbeiträge, Baubeiträge und Förderbeiträge bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeindenb) die Aufgabenerfüllung der Katholischen Landeskirche Graubündenc) die Beiträge an Dritte, namentlich an das Bistum sowie an soziale- und caritative Institutionend) übrige Kosten der Katholischen Landeskirche Graubünden <p>2 Mit der Genehmigung des Voranschlages beschliesst das Corpus catholicum die Aufteilung der Mittel und ermächtigt die Verwaltungskommission zur Ausgabe.</p> <p>3 Die Verwaltungskommission ist befugt, ausserhalb des genehmigten Voranschlages pro Jahr Ausgaben bis zu CHF 50'000.00 zu tätigen.</p>
Rechnungsführung	<p>Art. 5</p> <p>1 Die Verwaltungskommission bestimmt eine oder mehrere Personen für die Rechnungsführung.</p> <p>2 Die Personen stehen im Anstellungs- oder Auftragsverhältnis zur Katholischen Landeskirche Graubünden.</p> <p>3 Die Rechnungsführung umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Führung der Buchhaltungb) Verwaltung des Vermögens und der landeskirchlichen Fondsc) Einzug der Einnahmend) Regelung der Ausgaben <p>4 Die Verwaltungskommission regelt die Einzelheiten in Ausführungsbestimmungen oder Leistungsvereinbarungen.</p>

Unterschriftenregelung	<p>Art. 6</p> <p>Für die Verwaltungskommission der Katholischen Landeskirche Graubünden zeichnen rechtsgültig je zu zweien:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Präsident und ein weiteres Mitglied der Verwaltungskommission b) der Präsident und die mit der Rechnungsführung betraute Person c) ein weiteres Mitglied der Verwaltungskommission und die mit der Rechnungsführung betraute Person d) zwei weitere Mitglieder der Verwaltungskommission
Kontrollorgan	<p>Art. 7</p> <p>1 Kontrollorgan ist die Geschäftsprüfungskommission des Corpus catholicum. 2 Die Verwaltungskommission kann bei Bedarf der Geschäftsprüfungskommission für die Rechnungsprüfung eine ausserstehende Person zuweisen. 3 Die Geschäftsprüfungskommission erstattet dem Corpus catholicum allenfalls unter dem Einbezug des Berichtes der Fachperson Bericht und stellt dem Corpus catholicum Antrag für die Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung der Organe.</p>
Inkrafttreten	<p>Art. 8</p> <p>Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 2015 nach Annahme durch das Corpus catholicum in Kraft und setzt alle widersprechenden Bestimmungen, insbesondere die Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden vom 18. Mai 1960 ausser Kraft.</p>

Beitragsverordnung

Gestützt auf Art. 13 Ziff. 2 und Art. 36 der Verfassung der Katholischen Landeskirche Graubünden, erlassen vom Corpus catholicum am 29. Oktober 2014

Gegenstand und Zweck	I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 1 Diese Verordnung bildet die Grundlage für die Ausrichtung der jährlichen Finanzbeiträge, der Beiträge in Härtefällen, der Baubeiträge sowie für die Leistung von Finanzbeiträgen zur Förderung von Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden und von Übergangsbeiträgen der Katholischen Landeskirche Graubünden an die katholischen Kirchgemeinden. 2 Sie regelt die Zuständigkeiten, die Anspruchsberechtigung der Kirchgemeinden und die Ermittlung der Beitragshöhe.
Ziel	Art. 2 Die Finanzbeiträge sollen: a) zur effizienten und bedarfsgerechten Aufgabenerfüllung der Kirchgemeinden beitragen b) die finanzielle Eigenverantwortung der Kirchgemeinden stärken c) die Auswirkungen der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der Kirchgemeinden verringern d) die Führung des Finanzwesens der Kirchgemeinden und der Landeskirche vereinfachen e) Härtefälle aufgrund ausserordentlicher Umstände einzelner Kirchgemeinden vermeiden f) den Neubau und die Erhaltung von kirchlichen und der Seelsorge dienenden Gebäulichkeiten und Einrichtungen ermöglichen g) die Zusammenschlüsse von Kirchgemeinden fördern
Vorbehalt des Ausgabenbeschlusses	Art. 3 Die jährlichen Finanzbeiträge, die Beiträge in Härtefällen, die Baubeiträge, die Förderbeiträge bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden sowie die Übergangsbeiträge werden auf Antrag der Verwaltungskommission als Ausgaben durch das Corpus catholicum gesamthaft im Rahmen des Voranschlages genehmigt. Der Vollzug obliegt der Verwaltungskommission. Die Ansprüche der Kirchgemeinden richten sich nach den mit dem Voranschlag freigegebenen Mitteln und werden durch diese beschränkt.
Zweck	II. Jährliche Finanzbeiträge Art. 4 Die jährlichen Finanzbeiträge sollen bei den Kirchgemeinden nebst den übrigen Einnahmen zu einer effizienten und bedarfsgerechten Erfüllung der Aufgaben beitragen.
Beitragsarten	Art. 5 Die jährlichen Finanzbeiträge sind: a) der Sockelbeitrag b) der Steuerkraftausgleich 1. Stufe c) der Steuerkraftausgleich 2. Stufe

Bemessungsgrundlagen	<p>Art. 6 Bemessungsgrundlagen für die Ermittlung der Anspruchsberechtigung und die Höhe des jährlichen Finanzbeitrages bilden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Steuerfuss der Kirchgemeinden für die Erhebung der Kirchensteuer, der im Jahr des Genehmigungsbeschlusses des Corpus catholicum über den Voranschlag gilt und welcher in % der einfachen Kantonssteuer (Einkommen und Vermögen) angegeben wird b) die Anzahl Kirchgemeinemitglieder am 31. Dezember des dem Beschluss des Corpus catholicum über den Voranschlag vorangehenden Jahres c) die Steuereinnahmen der Kirchgemeinden auf Einkommen und Vermögen, aus Quellensteuer und Kapitalabfindungen d) der Referenzsteuerfuss für Kirchensteuern, der von der Verwaltungskommission zwischen 13 und 20 % der einfachen Kantonssteuer jährlich festgelegt wird e) der Durchschnittsbetrag pro Kopf und Kirchgemeinde, welcher für die einzelnen Kirchgemeinden im fünften, vierten und dritten Jahr vor der Beschlussfassung des Corpus catholicum über den Voranschlag an Kirchensteuern zum Referenzsteuerfuss berechnet wird, wobei das Beschlussjahr mitgezählt wird f) der Durchschnittsbetrag pro Kopf, welcher für alle steuerpflichtigen Katholiken im Kanton Graubünden durchschnittlich im fünften, vierten und dritten Jahr vor der Beschlussfassung des Corpus catholicum über den Voranschlag an Kirchensteuern zum Referenzsteuerfuss berechnet wird, wobei das Beschlussjahr mitgezählt wird g) der Steuerkraftausgleichssatz, der in der 1. Stufe zwischen 40 und 70 %, der durchschnittlichen Kirchensteuereinnahmen pro Kopf, berechnet aufgrund des Referenzsteuerfusses, beträgt. Der Steuerkraftausgleichssatz wird jährlich von der Verwaltungskommission zwischen 40 und 70 % festgelegt h) der Steuerkraftausgleichssatz, der in der 2. Stufe zwischen 71 und 100 %, der durchschnittlichen Kirchensteuereinnahmen pro Kopf, berechnet aufgrund des Referenzsteuerfusses, beträgt. Der Steuerkraftausgleichssatz wird jährlich von der Verwaltungskommission zwischen 71 und 100 % festgelegt
Sockelbeitrag	<p>Art. 7</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Der Sockelbeitrag beläuft sich auf CHF 10.00 bis CHF 50.00 pro Katholik und wird pro Kirchgemeinde für höchstens 600 - 1200 Katholiken entrichtet. 2 Der Sockelbeitrag und die Anzahl Katholiken, die den Anspruch pro Kirchgemeinde begrenzen, werden jährlich von der Verwaltungskommission festgelegt. 3 Anspruchsberechtigt sind Kirchgemeinden, deren Steuerfuss für die Kirchensteuer im Jahr des Genehmigungsbeschlusses des Corpus catholicum über den Voranschlag mindestens den von der Verwaltungskommission für das Beschlussjahr festgelegten Referenzsteuerfuss erreicht.
Steuerkraftausgleich 1. Stufe	<p>Art. 8</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Der Steuerkraftausgleich 1. Stufe deckt die Differenz zwischen kantonalem Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. f) multipliziert mit dem Steuerkraftausgleichssatz gemäss Art. 6 lit. g) und kommunalem Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. e).

Steuerkraftausgleich 2. Stufe	<p>2 Die Höhe des Beitrages berechnet sich aus dem kantonalen Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. f) multipliziert mit dem Steuerausgleichssatz gemäss Art. 6 lit. g) (40 % bis 70 %) abzüglich dem kommunalen Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. e) multipliziert mit der Anzahl Kirchgemeindemitglieder gemäss Art. 6 lit. b).</p> <p>3 Anspruchsberechtigt sind Kirchgemeinden, deren Durchschnittsbetrag pro Kopf unter dem kantonalen Durchschnittsbetrag multipliziert mit dem Steuerkraftausgleichssatz liegt.</p> <p>Art. 9</p> <p>1 Der Steuerkraftausgleich 2. Stufe deckt die Differenz zwischen kantonalem Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. f) multipliziert mit dem Steuerkraftausgleichssatz gemäss Art. 6 lit. h) und kommunalem Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. e), allenfalls unter Abzug des Steuerkraftausgleichsbetrages 1. Stufe.</p> <p>2 Die Höhe des Beitrages berechnet sich aus dem kantonalen Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. f) multipliziert mit dem Steuerausgleichssatz gemäss Art. 6 lit. h) (71 % bis 100 %) abzüglich dem kommunalen Durchschnittsbetrag gemäss Art. 6 lit. e), allenfalls unter Abzug des Steuerkraftausgleichsbetrages 1. Stufe, multipliziert mit der Anzahl Kirchgemeindemitglieder gemäss Art. 6 lit. b und Art. 9 Abs. 4.</p> <p>3 Anspruchsberechtigt sind Kirchgemeinden, die mindestens 600 bis 900 Mitglieder aufweisen und deren Durchschnittsbetrag pro Kopf unter dem kantonalen Durchschnittsbetrag multipliziert mit dem Steuerkraftausgleichssatz liegt und deren Steuerfuss den Referenzsteuerfuss nicht mehr als 3 % unterschreitet. Die Verwaltungskommission legt alljährlich die für die Berechnung des Steuerkraftausgleichbeitrags 2. Stufe minimale Einwohnerzahl zwischen 600 und 900 fest.</p> <p>4 Die Anzahl Kirchgemeindemitglieder, die beitragsauslösend ist, wird auf 900 bis 1200 Mitglieder beschränkt. Die Verwaltungskommission legt alljährlich die für die Berechnung des Steuerkraftausgleichbeitrags 2. Stufe maximale Einwohnerzahl fest.</p>
Fälligkeit	<p>Art. 10</p> <p>1 Der Sockelbeitrag und die Steuerkraftausgleichbeiträge 1. und 2. Stufe sind von der Verwaltungskommission im Juni des Folgejahres nach Beschlussfassung des Corpus catholicum über den Voranschlag zur Auszahlung anzuweisen.</p> <p>2 Solange eine Kirchgemeinde die Katholische Landeskirche Graubünden mit der Anzahl Kirchgemeindemitglieder per 31. Dezember nicht bedient, werden die jährlichen Finanzbeiträge nicht fällig und müssen nicht ausbezahlt werden.</p>
Zweck	<p>III. Individueller Härteausgleichsbeitrag</p> <p>Art. 11</p> <p>Der individuelle Härteausgleichsbeitrag soll zur effizienten und bedarfsgerechten Aufgabenerfüllung der Kirchgemeinden in Fällen, in denen die ordentliche Finanzierung nicht ausreicht, beitragen.</p>
Voraussetzungen	<p>Art. 12</p> <p>Voraussetzungen für die Zusprechung eines individuellen Härteausgleichsbeitrages an eine Kirchgemeinde sind:</p>

Gesuch	<p>a) die Erhebung des erforderlichen Mindeststeuerfusses, den die Verwaltungskommission alljährlich zwischen 20 % bis 25 % der einfachen Kantonssteuer festlegt und dass</p> <p>b) keine Möglichkeit zu einem Zusammenschluss mit anderen Kirchgemeinden besteht und</p> <p>c) der Voranschlag der Kirchgemeinde durch die Verwaltungskommission genehmigt wird und</p> <p>d) die Kirchgemeinde sich verpflichtet, sämtliche im Voranschlag nicht vorgesehenen Ausgaben durch die Verwaltungskommission vorgängig genehmigen zu lassen.</p> <p>Art. 13</p> <p>1 Der individuelle Härteausgleichsbeitrag wird auf Gesuch der Kirchgemeinde an die Verwaltungskommission von der Verwaltungskommission beschlossen.</p> <p>2 Gesuche, die nach dem Monat Juni des Beschlussjahres über den Voranschlag eingereicht werden, können im Voranschlag nicht berücksichtigt werden.</p> <p>3 Die Höhe des Beitrages hängt vom Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Die Verwaltungskommission entscheidet nach freiem Ermessen.</p> <p>4 Die Verwaltungskommission regelt die Einzelheiten in Ausführungsbestimmungen.</p>
Rechtsanspruch	<p>Art. 14</p> <p>Auf die Ausrichtung eines individuellen Härteausgleichsbeitrages besteht kein Rechtsanspruch.</p>
Zweck	<p>IV. Baubeiträge</p> <p>Art. 15</p> <p>Mit Baubeiträgen an die Kirchgemeinden soll an die Kosten für Neubau, Umbau und die Renovation von Kirchen sowie deren feste Einrichtungen, Kapellen und auch der Seelsorge dienenden Pfarreiräumlichkeiten ohne Einrichtungen beigetragen werden, um die bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung zu erleichtern oder wertvolle Bausubstanz zu erhalten.</p>
Voraussetzung	<p>Art. 16</p> <p>1 Anspruchsberechtigt sind Kirchgemeinden, die in den zwei Jahren, die dem Beitragsbeschluss vorausgehen, mindestens den von der Verwaltungskommission für diese Jahre festgelegten Referenzsteuersatz angewendet haben, und sich verpflichten, für die fünf Jahre nach der Beschlussfassung mindestens den von der Verwaltungskommission für das Jahr der Beschlussfassung festgelegten Referenzsteuerfuss anzuwenden.</p> <p>2 Die Baubeiträge werden gesprochen für Investitionen zur Erleichterung der bedarfsgerechten Aufgabenerfüllung oder zur Werterhaltung wertvoller Bausubstanz, sofern die Finanzierung gesichert ist.</p>
Höhe	<p>Art. 17</p> <p>1 Innerhalb von 15 Jahren werden 30 % der beitragsberechtigten Kosten pro Objekt ausgerichtet, bei Kirchen höchstens CHF 200'000.00, bei Kapellen und bei der Seelsorge dienenden Pfarreiräumlichkeiten höchstens CHF 150'000.00. Durch die Etappierung der Bauarbeiten wird der Beitrag</p>

Nicht beitragsberechtigte Kosten	<p>nicht erhöht.</p> <p>2 Bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten werden übrige Finanzierungsquellen nicht abgezogen.</p> <p>3 Bei der Beitragsgewährung sind die Dringlichkeit und die Bedeutung der einzelnen Projekte für die Seelsorge und die Kulturgeschichte zu berücksichtigen.</p> <p>4 Die Verwaltungskommission regelt die Einzelheiten in Ausführungsbestimmungen.</p> <p>Art. 18 Keine Baubeiträge werden geleistet insbesondere an:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Neubau und Renovationen mit beitragsberechtigten Kosten unter CHF 50'000.00 pro Objekt b) Autogaragen, Autoeinstell- und Abstellplätze sowie Zufahrtsstrassen c) Nebenanlagen wie Gartenanlagen, Zäune etc. d) Anschaffung von Glocken e) 50 % der Kirchturmsanierung f) Friedhofsanierung g) Leichenhallen h) öffentlich-rechtliche Abgaben wie Baubewilligungstaxen, Quartierplan- und Anschlussbeiträge
Gesuch	<p>Art. 19</p> <p>1 Der Baubeitrag wird auf Gesuch der betreffenden Kirchgemeinde an die Verwaltungskommission von der Verwaltungskommission beschlossen.</p> <p>2 Gesuche sind vor Baubeginn einzureichen. Mit den Bauarbeiten darf unter Verwirkungsfolge erst begonnen werden, wenn über das Beitragsgesuch entschieden ist.</p> <p>3 Gesuche, die nach dem Monat Juni des Beschlussjahres über den Voranschlag eingereicht werden, können im Voranschlag nicht berücksichtigt werden.</p>
Fälligkeit	<p>Art. 20</p> <p>1 Die Baubeiträge werden nach Vorliegen der genehmigten Schlussabrechnung ausbezahlt.</p> <p>2 Die Verwaltungskommission kann Teilzahlungen leisten.</p> <p>3 Die Verwaltungskommission regelt die Einzelheiten in Ausführungsbestimmungen.</p>
Reduktion und Rückerstattung	<p>Art. 21</p> <p>1 Senkt die beitragsberechtigte Kirchgemeinde innert fünf Jahren nach dem beitragszusichernden Beschluss den Kirchensteuerfuss unter den Referenzsteuerfuss, erfolgt eine pro rata-Reduktion des Beitrages.</p> <p>2 Ist der Baubeitrag bereits geleistet worden und senkt die Kirchgemeinde innert fünf Jahren nach dem Beitragsbeschluss den Steuerfuss unter den Referenzsteuerfuss, entsteht eine entsprechende zinsbefreite Rückforderung der Landeskirche gegenüber der Kirchgemeinde.</p>

Zweck	<p>V. Förderbeitrag bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden</p> <p>Art. 22 Mit der Entrichtung von Förderbeiträgen soll der Zusammenschluss von Kirchgemeinden zur effizienteren und bedarfsgerechteren Auftragsbefüllung und zur Schaffung von seelsorgerischen Strukturen im Sinne des Bistums und der Landeskirche gefördert werden.</p>
Voraussetzungen	<p>Art. 23 Beitragsberechtigt sind zwei oder mehrere Kirchgemeinden, die sich zu einer einzigen Kirchgemeinde mit 600 oder mehr Mitgliedern zusammenschliessen.</p>
Höhe	<p>Art. 24 1 Schliessen sich Kirchgemeinden zusammen, wird ein Beitrag von CHF 10'000.00 pro Kirchgemeinde gesprochen. Zusätzlich erhält die fusionierte Kirchgemeinde pro Katholik CHF 400.00 bis maximal 1000 Katholiken. 2 Der Beitrag wird pro Kirchgemeinde einmalig entrichtet. Die Staffelung der Zusammenschlüsse darf nicht zu erhöhtem Beitragsbezug führen.</p>
Gesuch	<p>Art. 25 1 Der Förderbeitrag wird auf gemeinsames Gesuch der Kirchgemeinden, die sich zusammenschliessen wollen, von der Verwaltungskommission beschlossen.</p>
Fälligkeit	<p>Art. 26 1 Der Förderbeitrag wird ein Monat nach Inkrafttreten des Fusionsbeschlusses fällig.</p>
Übergangsbeitrag	<p>VI. Übergangsregelung</p> <p>Art. 27 Kirchgemeinden, die in Folge des Systemwechsels Mindereinnahmen aus den jährlichen Finanzbeiträgen erleiden, werden im Jahr des Inkrafttretens vorliegender Verordnung und im Folgejahr mindestens 100 % und im dritten Jahr mindestens 50 % des Durchschnittes der im vierten, dritten und zweiten Jahr vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung entrichteten Beiträge ausbezahlt.</p>
Ausführungsbestimmungen	<p>VII. Schlussbestimmungen</p> <p>Art. 28 Die Verwaltungskommission erlässt in Ausführungsbestimmungen die in dieser Verordnung vorgesehenen Vorschriften und fasst die notwendigen Beschlüsse. Bei Bedarf kann sie weitere zum Vollzug erforderliche Vorschriften erlassen.</p>
Inkrafttreten	<p>Art. 29 Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 2015 nach Annahme durch das Corpus catholicum in Kraft und setzt alle widersprechenden Bestimmungen, insbesondere die Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden vom 18. Mai 1960, die Ausführungsbestimmungen zur Berechnung der Ausgleichsbeiträge vom 1. Mai 1986 und zur Ausrichtung von Werkbeiträgen vom 1. März 1986 ausser Kraft.</p>

Ausführungsbestimmungen zur Beitragsverordnung

Gestützt auf Art. 28 der Beitragsverordnung vom 29. Oktober 2014, erlassen durch die Verwaltungskommission am 8. Oktober 2014

Antrag Voranschlag	<p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1 1 Die Verwaltungskommission legt ihrem Antrag für den Voranschlagenehmigungsbeschluss die Beiträge gesamthaft zu Grunde und gliedert sie wie folgt: a) jährliche Finanzbeiträge b) individuelle Härteausgleichsbeiträge c) Baubeiträge d) Förderbeiträge bei Zusammenschlüssen von Kirchgemeinden e) In den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten der Beitragsverordnung Beiträge für die Übergangslösung.</p>
Bestätigung	<p>Art. 2 Die Kirchgemeinde ist verpflichtet, den Erhalt der Beiträge und deren Verwendung für die ordentliche Aufgabenerfüllung zu bestätigen. Der Präsident, der Kassier und ein Revisor der Kirchgemeinde unterzeichnen vor Auszahlung des Beitrages das Bestätigungsformular.</p>
Erhebung Mitglieder	<p>II. Jährliche Finanzbeiträge</p> <p>Art. 3 1 Die Anzahl Kirchgemeindemitglieder per 31. Dezember wird auf Grund der Angabe der Kirchgemeinde bzw. Politischen Gemeinde ermittelt und für Voranschlag und Auszahlung verwendet. 2 Als Katholiken gelten Schweizer Bürger und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C.</p>
Steuereinnahmen	<p>Art. 4 1 Die Angaben über die vereinnahmten Steuereinnahmen und der Steuerfuss der Kirchgemeinden werden bei der Kantonalen Steuerverwaltung eingeholt. 2 Die Einnahmen aus den Quellensteuern werden erst bei der Berechnung der jährlichen Finanzbeiträge für das Jahr 2019 berücksichtigt.</p>
Referenzsteuerfuss	<p>Art. 5 Der Referenzsteuerfuss wird bis auf weiteres auf 15 % festgelegt.</p>
Sockelbeitrag	<p>Art. 6 1 Der Sockelbeitrag wird bis auf weiteres auf CHF 30.00 pro Katholik festgelegt. Er wird bis auf weiteres für höchstens 1000 Katholiken pro Kirchgemeinde entrichtet. 2 Kirchgemeinden, die weniger als den Referenzsteuerfuss erheben, erhalten keinen Sockelbeitrag.</p>
Steuerkraftausgleichssatz 1. Stufe	<p>Art. 7 Der Steuerkraftausgleichssatz 1. Stufe wird bis auf weiteres auf 60 % festgelegt.</p>

Steuerkraftausgleichssatz 2. Stufe	<p>Art. 8 Der Steuerkraftausgleichssatz 2. Stufe wird bis auf weiteres auf 90 % festgelegt. Anspruchsberechtigt sind Kirchgemeinden mit mindestens 600 Mitgliedern. Der Beitrag wird bis auf weiteres für höchstens 1000 Mitglieder entrichtet.</p>
Steuerkraftausgleich 1. Stufe	<p>Art. 9 Der Steuerkraftausgleich 1. Stufe berechnet sich wie folgt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Kirchensteuereinnahmen der Kirchgemeinde dividiert durch den jeweiligen Kirchgemeindesteuerfuss multipliziert mit dem Referenzsteuerfuss (zurzeit 15%) = Betrag 1 2. Betrag 1 dividiert durch Anzahl Kirchgemeindemitglieder der jeweiligen Kirchgemeinde = Betrag 2 3. Summe Betrag 1 aller Kirchgemeinden = Betrag 3 4. Betrag 3 dividiert durch Anzahl Kirchgemeindemitglieder im Kanton Graubünden = Betrag 4 5. Betrag 4 multipliziert mit Steuerkraftausgleichssatz 1. Stufe (zurzeit 60%) = Betrag 5 6. Betrag 5 abzüglich Betrag 2 = Betrag 6 7. Betrag 6 multipliziert mit Anzahl Kirchgemeindemitglieder der jeweiligen Kirchgemeinde = Betrag 7. Dieser Betrag entspricht dem Steuerkraftausgleichsbeitrag 1. Stufe.
Steuerkraftausgleich 2. Stufe	<p>Art. 10 Der Steuerkraftausgleich 2. Stufe berechnet sich wie folgt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Kirchensteuereinnahmen der Kirchgemeinde dividiert durch den jeweiligen Kirchgemeindesteuerfuss multipliziert mit dem Referenzsteuerfuss abzüglich maximal 3 % (zurzeit 15% ./ 3 % = 12 %) = Betrag 1 2. Betrag 1 dividiert durch Anzahl Kirchgemeindemitglieder der jeweiligen Kirchgemeinde = Betrag 2 3. Summe Betrag 1 aller Kirchgemeinden = Betrag 3 4. Betrag 3 dividiert durch Anzahl Kirchgemeindemitglieder im Kanton Graubünden = Betrag 4 5. Betrag 4 multipliziert mit Steuerkraftausgleichssatz 2. Stufe (zurzeit 90%) = Betrag 5 6. Betrag 5 abzüglich Betrag 2 = Betrag 6 7. Betrag 6 abzüglich Betrag 6 1. Stufe (gm. Art. 8 Ziff. 6) = Betrag 7 8. Betrag 7 multipliziert mit Anzahl Kirchgemeindemitglieder (Anzahl Kirchgemeindemitglieder gm. Art. 10 und 11 der Ausführungsbestimmungen) der jeweiligen Kirchgemeinde = Betrag 8. Dieser Betrag entspricht dem Steuerkraftausgleichsbeitrag 2. Stufe.
Steuerkraftausgleich 2. Stufe Mitglieder Mindestanzahl	<p>Art. 11 Anspruchsberechtigt für den Steuerkraftausgleichsbeitrag 2. Stufe sind bis auf weiteres, Kirchgemeinden die mindestens 600 Mitglieder aufweisen.</p>
Steuerkraftausgleich 2. Stufe Mitglieder maximale Anspruchsberechtigung	<p>Art. 12 Der Steuerkraftausgleichsbeitrag 2. Stufe wird bis auf weiteres für maximal 1000 Kirchgemeindemitglieder ausgerichtet.</p>

Mindeststeuerfuss	<p>III. Individueller Härteausgleichsbeitrag</p> <p>Art. 13 Der Mindeststeuerfuss der zum individuellen Härteausgleichsbeitrag berechtigt, beträgt bis auf weiteres 20 %.</p>
Beitragsgesuch	<p>Art. 14 Dem Gesuch für den individuellen Härteausgleichsbeitrag sind beizulegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die durch die Kirchgemeindeversammlung genehmigte Jahresrechnung der beiden Vorjahre sowie die Jahresrechnungen der Stiftungen 2. Voranschläge der letzten beiden Vorjahre, des laufenden Jahres und des Folgejahres 3. Nachweis Fusionsbemühungen 4. begründetes Gesuch
Beitragsgesuch	<p>IV. Baubeiträge</p> <p>Art. 15 Das Gesuch ist auf dem von der Katholischen Landeskirche Graubünden abgegebenen Formular zu stellen und mit den entsprechenden Beilagen einzureichen.</p>
Beitragsgesuch	<p>V. Übergangsregelung</p> <p>Art. 16 Der Übergangsbeitrag wird von der Verwaltungskommission ohne besonderes Gesuch ausgelöst.</p>
Kumulation	<p>Art. 17 Der jährliche Finanzbeitrag, der individuelle Härteausgleich und der Übergangsbeitrag können kumulativ ausbezahlt werden.</p>
Inkrafttreten	<p>VI. Schlussbestimmungen</p> <p>Art. 18 Diese Ausführungsbestimmungen treten mit der Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskirche Graubünden und der Beitragsverordnung in Kraft und setzt alle widersprechenden Bestimmungen, insbesondere die Ausführungsbestimmungen zur Berechnung der Ausgleichsbeiträge vom 1. Mai 1986 und die Ausführungsbestimmungen von Ausrichtung von Werkbeiträgen vom 1. März 1986 ausser Kraft.</p>

Ordinaziun davart l'administraziun da finanzas da la Baselia catolica dal chantun Grischun

Sa basond sin art. 13 cif. 2 ed art. 36 da la constituziun da la Baselia catolica dal chantun Grischun, relaschada dal Corpus catholicum ils 29 d'october 2014

Intent	<p>Art. 1</p> <p>1 La Baselia catolica dal chantun Grischun administrescha las entradas, la facultad ed ils fonds e maina ina contabilitad independenta.</p> <p>2 Questa ordinaziun furma la basa legala per decisiuns d'expensas, uschè lunsch ch'i n'è betg reglà insatge auter en ulteriuras ordinaziuns.</p>
Surveglianza	<p>Art. 2</p> <p>1 La cumissiun administrativa s'occupa da l'administraziun da finanzas.</p> <p>2 Ella vegn exequida dal parsura dal departament finanzas. El surveglia la contabilitad e dat rapport a la cumissiun administrativa.</p> <p>3 En cas ch'ils duairs d'uffizi dals commembers da la cumissiun administrativa da la Baselia catolica dal chantun Grischun vegnan violads, stattan els buns tenor ils princips da las disposiziuns respectivas dal chantun Grischun davart la responsabladad dal stadi.</p>
Procuraziun dals meds finanzials	<p>Art. 3</p> <p>Ils meds finanzials vegnan procurads tras:</p> <ul style="list-style-type: none">a) retgavs da la taglia da cultus che la Baselia catolica dal chantun Grischun incasseschab) retgavs da la facultad da la baselia chantunalac) donaziuns e contribuziuns da terzs
Diever dals meds finanzials	<p>Art. 4</p> <p>1 Ils meds finanzials che stattan mintg'onn a disposiziun a la Baselia catolica dal chantun Grischun èn d'impunder per:</p> <ul style="list-style-type: none">a) contribuziuns finanzialas annualas, cumpensaziuns da l'inegualitad individuala, contribuziuns da construcziun e contribuziuns da promoziun per fusiuns da plaivsb) ademplir ils duairs da la Baselia catolica dal chantun Grischunc) contribuziuns a terzs, cunzunt a l'uvestgieu ed ad instituziuns socialas e caritativasd) ulteriuras expensas da la Baselia catolica dal chantun Grischun <p>2 Cun approvar il preventiv decida il Corpus catholicum da reparter ils meds ed autorisescha la cumissiun administrativa d'als dar ora.</p> <p>3 La cumissiun administrativa è autorisada da far expensas annualas da fin CHF 50'000.00 ordaifer il preventiv approvà.</p>
Contabilitad	<p>Art. 5</p> <p>1 La cumissiun administrativa definescha ina u pliras personas ch'èn responsablas per la contabilitad.</p> <p>2 Las personas èn en relaziun d'engaschament e d'incumbensa cun la Baselia catolica dal chantun Grischun.</p> <p>3 La contabilitad cumprenda:</p> <ul style="list-style-type: none">a) far la contabilitadb) administrar la facultad ed ils fonds da la baselia chantunalac) incassar las entradasd) reglar las expensas <p>4 La cumissiun administrativa reglescha ils detagls en disposiziuns executivas u cunvegns da prestaziun.</p>

Reglamentaziun da las suttascripziuns	<p>Art. 6</p> <p>Per la cumissiun administrativa da la Baselgia catolica dal chantun Grischun suttascrivan legalmain mintgamai duas persunas:</p> <p>a) il president ed in ulteriur commember da la cumissiun administrativa</p> <p>b) il president e la persuna che fa la contabilitad</p> <p>c) in ulteriur commember da la cumissiun administrativa e la persuna che fa la contabilitad</p> <p>d) dus ulteriurs commembers da la cumissiun administrativa</p>
Organ da controlla	<p>Art. 7</p> <p>1 La cumissiun da gestiun dal Corpus catholicum è l'organ da controlla.</p> <p>2 La cumissiun administrativa po en cas da basegn da la cumissiun da gestiun attribuir la revisiun da quints ad ina persuna d'ordaifer.</p> <p>3 La cumissiun da gestiun dat rapport al Corpus catholicum, eventualmain cun integrar il rapport da l'expert, e fa al Corpus catholicum la proposta d'approvar il quint annual e da distgargar ils organs.</p>
Entrada en vigur	<p>Art. 8</p> <p>Questa ordinaziun entra en vigur il 1. da schaner 2015 suenter l'approvaziun tras il Corpus catholicum ed abolescha tut las determinaziuns cuntradictoras, en spezial l'ordinaziun davart l'administraziun da finanzas da la Baselgia catolica dal chantun Grischun dals 18 da matg 1960.</p>

Reglament da contribuziun

Sa basond sin art. 13 cif. 2 ed art. 36 da la constituziun da la Baselia catolica dal chantun Grischun, relaschè dal Corpus catholicum ils 29 d'october 2014

Object ed intent	<p>I. Disposiziuns generalas</p> <p>Art. 1 1 Sin quest reglament sa basa il pajament da las contribuziuns finanzialas annualas, da las contribuziuns en cas da direzza, da las contribuziuns da construcziun ed il pajament da contribuziuns finanzialas per la promoziun da fusiuns da plaivs e da contribuziuns transitoricas da la Baselia catolica dal chantun Grischun a la plaiv catolica. 2 El reglescha las cumpetenzas, il dretg da far pretensiuns da las plaivs e la determinaziun da l'autezza da las contribuziuns.</p>
Finamira	<p>Art. 2 Las contribuziuns finanzialas duain:</p> <ul style="list-style-type: none">a) sustegnair in adempliment effectiv dals duairs da las plaivs che correspunda als basegnsb) rinforzar l'atgna responsabladad finanziaria da las plaivsc) reducir las consequenzas da las differentas capacitads finanzialas da las plaivsd) simplifitgar la gestiun da las finanzas da las plaivs e da la baselia chantunalae) evitar cas da direzza pervia da circumstanzas extraordinarias da singulas plaivsf) pussibilitar construcziuns novas ed il mantegniment d'edifizis ed endrizzaments che servan a la baselia ed a la pastoraziung) promover la fusiun da plaivs
Resalva da la decisiun d'expensas	<p>Art. 3 Sin dumonda da la cumissiun administrativa approvescha il Corpus catholicum las contribuziuns finanzialas annualas, las contribuziuns en cas da direzza, las contribuziuns da construcziun, las contribuziuns per la promoziun da fusiuns da plaivs e las contribuziuns transitoricas sco expensas en il rom dal preventiv. La cumissiun administrativa s'occupa da la realisaziun. Las pretensiuns da las plaivs sa drizzan tenor ils meds mess a disposiziun cun il preventiv che las limitescha era.</p>
Intent	<p>II. Contribuziuns finanzialas annualas</p> <p>Art. 4 Las contribuziuns finanzialas annualas duain – sper las ulteriuras entradas – sustegnair in adempliment effectiv dals duairs che correspunda als basegns.</p>
Contribuziuns	<p>Art. 5 Las contribuziuns finanzialas annualas èn:</p> <ul style="list-style-type: none">a) la contribuziun da basab) la gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalimc) la gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim

<p>Basa per la fixaziun</p>	<p>Art. 6</p> <p>La basa per la fixaziun da dretgs da prestaziun e l'atezza da la contribuziun finanziaria annuala furman:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) il pe da taglia da la plaiv per la taglia da baselgia che vala l'onn ch'il Corpus catholicum ha approvà il preventiv e che vegn inditgà en % da la taglia chantunala simpla (entradas e facultad) b) il dumber da commembers d'ina plaiv ils 31 da december da l'onn precedent a la decisiun dal Corpus catholicum davart il preventiv c) las entradas fiscalas da las plaivs sin entradas e facultad, da la taglia a la funtauna e da cumpensaziuns en chapital d) il pe da taglia referenzial per taglias da baselgia che vegn fixà mintg'onn da la cumissiun administrativa e che importa tranter 13% e 20% da la taglia chantunala simpla e) l'import en media per chau e plaiv che vegn calculà a maun dal pe da taglia referenzial dal tschintgavel, quart e terz onn precedent e da l'onn da la decisiun dal Corpus catholicum davart il preventiv da la taglia da baselgia f) l'import en media per chau per tut ils catolics obligads da pagar taglia en il chantun Grischun che vegn calculà a maun dal pe da taglia referenzial il tschintgavel, quart e terz onn precedent e l'onn da la decisiun dal Corpus catholicum davart il preventiv da la taglia da baselgia g) la taxa da gulivaziun da la forza fiscala che importa sin l'emprim stgalim tranter 40% e 70% da las entradas da taglia da baselgia en media per chau, calculadas a maun dal pe da taglia referenzial. La cumissiun administrativa fixescha mintg'onn la taxa da gulivaziun da la forza fiscala h) la taxa da gulivaziun da la forza fiscala che importa sin il segund stgalim tranter 71% e 100% da las entradas da taglia da baselgia en media per chau, calculadas a maun dal pe da taglia referenzial. La cumissiun administrativa fixescha mintg'onn la taxa da gulivaziun da la forza fiscala
<p>Contribuziun da basa</p>	<p>Art. 7</p> <p>1 La contribuziun da basa importa CHF 10.00 fin CHF 50.00 per catolic e vegn pajada da mintga plaiv per maximalmain 600 – 1200 catolics.</p> <p>2 La cumissiun administrativa fixescha mintg'onn la contribuziun da basa ed il dumber da catolics che limiteschan las pretensiuns per mintga plaiv</p> <p>3 Plaivs cun in pe da taglia per la taglia da baselgia che cuntanscha l'onn da la decisiun d'approvaziun dal Corpus catholicum davart il preventiv almain il pe da taglia referenzial che la cumissiun administrativa ha fixà per l'onn da la decisiun, èn autorisadas da far pretensiuns.</p>
<p>La gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim</p>	<p>Art. 8</p> <p>1 La gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim cuvra la differenza da la contribuziun chantunala media tenor art. 6 lit. f) multiplitgada cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala tenor art. 6 lit. g) e la contribuziun communal media tenor art. 6 lit. e).</p> <p>2 L'atezza da la contribuziun resulta cun multiplitgar la contribuziun chantunala media tenor art. 6 lit. f) cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala tenor art. 6 lit. g) (40% fin 70%) e subtrahar la contribuziun communal media tenor art. 6 lit. e) multiplitgada cun il dumber da plaivs tenor art. 6 lit. b)</p> <p>3 Plaivs cun ina contribuziun media per chau ch'è pli bassa che la contribuziun chantunala media multiplitgada cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala, èn autorisadas da far pretensiuns.</p>

<p>La gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim</p>	<p>Art. 9</p> <p>1 La gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim cuvra la differenza da la contribuziun chantunala media tenor art. 6 lit. f) multiplitgada cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala tenor art. 6 lit. h) e la contribuziun communal media tenor art. 6 lit. e), eventualmain cun deducir la gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim.</p> <p>2 L'atezza da la contribuziun resulta cun multiplitgar la contribuziun chantunala media tenor art. 6 lit. f) cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala tenor art. 6 lit. h) (71% fin 100%) e subtrahar la contribuziun communal media tenor art. 6 lit. e), eventualmain cun deducir la gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim, multiplitgada cun il dumber da plaivs tenor art. 6 lit. b) ed art. 9 al. 4.</p> <p>3 Plaivs cun almain 600 fin 900 commembers ed ina contribuziun media per chau ch'è pli bassa che la contribuziun chantunala media multiplitgada cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala ed in pe da taglia che na sutpassa il pe da taglia referenzial per betg dapli che 3%, è autorisadas da far pretensiuns. La cumissiun administrativa fixescha mintg'onn il dumber d'abitants minimal tranter 600 e 900 per calcular la gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim.</p> <p>4 Il dumber da commembers d'ina plaiv – che decida davart las contribuziuns – vegn limità a 900 fin 1200 commembers. La cumissiun administrativa fixescha mintg'onn il dumber d'abitants maximal per calcular la gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim.</p>
<p>Scadenza</p>	<p>Art. 10</p> <p>1 La cumissiun administrativa sto ordinar il pajament da la contribuziun da basa e la gulivaziun da la forza fiscala 1. e 2. stgalim il zercladur da l'onn suenter la decisiun dal Corpus catholicum davart il preventiv.</p> <p>2 Uschè ditg ch'ina plaiv na preschenta betg il dumber da commembers a la Baselgia catolica dal chantun Grischun per ils 31 da december, n'èn las contribuziuns finanzialas annualas betg scadentas e na ston betg vegnir pajadas ora.</p>
	<p>III. Cumpensaziun da l'inegualitad individuala</p>
<p>Intent</p>	<p>Art. 11</p> <p>La cumpensaziun da l'inegualitad individuala duai sustegnair in adempliment effectiv dals duairs da las plaivs che corresponda als basegns en cas che la finanziaziun ordinaria na tanscha betg.</p>
<p>Premissas</p>	<p>Art. 12</p> <p>Las premissas per l'attribuziun d'ina contribuziun da cumpensaziun da l'inegualitad individuala ad ina plaiv èn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l'incassament dal pe da taglia minimal necessari che la cumissiun administrativa fixescha mintg'onn tranter 20% e 25% da la taglia chantunala simpla b) i n'exista nagina pussaivladad da fusiunar cun autras plaivs c) la cumissiun administrativa approvescha il preventiv da la plaiv d) la plaiv s'oblighescha da dumandar precedentamain il consentiment da la cumissiun administrativa per tut las expensas che n'èn betg previsas en il preventiv

Dumonda	<p>Art. 13</p> <p>1 Sin dumonda da la plaiv decidida la cumissiun administrativa davart ina contribuziun da cumpensaziun da l'inegualitad individuala.</p> <p>2 Dumondas che vegnan inoltradas suenter il mais da zercladur da l'onn da decisiun davart il preventiv na pon betg vegnir resguardadas.</p> <p>3 L'atezza da la contribuziun dependa dal basegn e dals meds che stattan a disposiziun. La cumissiun administrativa decida a bainappreziar.</p> <p>4 La cumissiun administrativa reglescha ils detagls en disposiziuns executivas.</p>
Dretg legal	<p>Art. 14</p> <p>I n'exista nagin dretg legal da retrair ina contribuziun da cumpensaziun da l'inegualitad individuala.</p>
	<p>IV. Contribuziuns da construcziun</p>
Intent	<p>Art. 15</p> <p>Las contribuziuns da construcziun a las plaivs duain vegnir impundidas per custs da construcziuns novas, transformaziuns e renovaziuns da baselgias sco era per lur endrizzaments stabels, per chapluttas e localitads da pravenda che servan a la pastoraziun senza endrizzament. La finamira è da facilitar l'adempliment dals duairs u da mantegnair la sostanza architectonica custavla.</p>
Premissa	<p>Art. 16</p> <p>1 Plaivs che han applitgà almain il pe da taglia referenzial che la cumissiun administrativa ha fixà en ils dus onns precedents a la decisiun da contribuziun e che s'obligheschan d'applitgar ils tschintg onns sequents a la decisiun almain il pe da taglia referenzial che la cumissiun administrativa ha fixà per l'onn da la decisiun.</p> <p>2 Las contribuziuns da construcziun vegnan concedidas per investiziuns per facilitar l'adempliment effectiv dals duairs che correspunda als basegns u per mantegnair la valur da substanzas architectonicas custavlas, permess che la finanziaziun è garantida.</p>
Autezza	<p>Art. 17</p> <p>1 Entaifer 15 onns vegnan pajads 30% dals custs cun dretg da survegnir contribuziuns per object, per baselgias maximalmain CHF 200'000.00, per chapluttas e localitads da pravenda che servan a la pastoraziun maximalmain CHF 150'000.00. Cun etappar las lavurs da construcziun na s'augmenta la contribuziun betg.</p> <p>2 Cun calcular ils custs imputabels na vegnan ulteriuras funtaunas da finanziaziun betg subtrahadas.</p> <p>3 Cun conceder contribuziuns ston vegnir resguardadas l'urgenza e l'impurtanza dals singuls projects per la pastoraziun e l'istorgia culturala.</p> <p>4 La cumissiun administrativa reglescha ils detagls en disposiziuns executivas.</p>
Custs senza dretg da survegnir contribuziuns	<p>Art. 18</p> <p>Naginas contribuziuns da construcziun na vegnan pajadas en spezial:</p> <p>a) a construcziuns novas e renovaziuns cun custs cun dretg da survegnir contribuziuns sut CHF 50'000.00 per object</p> <p>b) a garaschas d'autos, plazs da parcar e posts da staziunament e vias</p>

Dumonda	<p>d'access</p> <p>c) ad indrizz secundars sco parcs, saivs, etc.</p> <p>d) a l'acquist da zains</p> <p>e) a 50% da la sanaziun dal clutger</p> <p>f) a la sanaziun dal santeri</p> <p>g) a stanzas da morts</p> <p>h) a taxas dal dretg public sco per exempel per la permissiun da construcziun, custs dal plan da quartier e taxas da colliaziun</p> <p>Art. 19</p> <p>1 Sin dumonda da la plaiv respectiva decida la cumissiun administrativa davart la contribuziun da construcziun.</p> <p>2 Las dumondas èn d'inoltrar avant il cumenzament da las lavurs da construcziun. Las lavurs da construcziun dastgan – sco consequenza da scadenza – pir cumenzar suenter la decisiun davart la dumonda da contribuziun.</p> <p>3 Dumondas che vegnan inoltradas suenter il mais da zercladur da l'onn da decisiun davart il preventiv na pon betg vegnir resguardadas.</p>
Scadenza	<p>Art. 20</p> <p>1 Las contribuziuns da construcziun vegnan pajadas suenter ch'il quint final approvà è avant maun.</p> <p>2 La cumissiun administrativa po far pajaments parzials.</p> <p>3 La cumissiun administrativa reglescha ils detagls en disposiziuns executivas.</p>
Reducziun e restituziun	<p>Art. 21</p> <p>1 Sche la plaiv sbassa il pe da taglia da baselgia entaifer tschintg onns suenter la decisiun da consegnar contribuziuns sut il pe da taglia referenzial, vegn la contribuziun reducida pro rata.</p> <p>2 Sche la contribuziun da construcziun è gia vegnida pajada e la plaiv sbassa il pe da taglia da baselgia entaifer tschintg onns suenter la decisiun da consegnar contribuziuns sut il pe da taglia referenzial, sto la plaiv restituir a la baselgia chantunala la contribuziun senza tschains.</p>
Intent	<p>V. Contribuziun da promoziun per fusiuns da plaivs</p> <p>Art. 22</p> <p>Cun contribuziuns da promoziun duai vegnir promovida la fusiun da plaivs per in adempliment effectiv dals duairs che correspunda als basegns e per stgaffir structurass pastoralas en il senn da l'investgieu e da la baselgia chantunala.</p>
Premissas	<p>Art. 23</p> <p>Dretg da survegnir contribuziuns han duas u pliras plaivs che s'uneschan ad ina suletta plaiv cun almain 600 commembers.</p>
Autezza	<p>Art. 24</p> <p>1 S'uneschan plaivs, vegn pajada ina contribuziun da CHF 10'000.00 per plaiv. Plinavant survegn la plaiv fusiunada CHF 400.00 per catolic fin maximalmain 1000 catolics.</p> <p>2 La contribuziun vegn pajada ina giada per plaiv. La graduaziun da las fusiuns na dastga betg avair per consequenza che las plaivs retiran contribuziuns pli autas.</p>

Dumonda	<p>Art. 25</p> <p>1 Sin ina dumonda communabla da las plaivs che vulan s'unir decida la cumissiun administrativa davart la contribuziun da promoziun.</p>
Scadenza	<p>Art. 26</p> <p>1 La contribuziun da promoziun scada in mais s'enter l'entrada en vigur da la decisiun da fusiun.</p>
Contribuziun transitorica	<p>VI. Reglamentaziun transitorica</p> <p>Art. 27</p> <p>Plaivs che han per consequenza da la midada dal sistem entradas da contribuziuns finanzialas annualas pli bassas, survegnan l'onn da l'entrada en vigur dal reglament preschent e l'onn sequent almain 100% ed il terz onn almain 50% da la media da las contribuziuns medias pajadas il quart, il terz ed il segund onn avant l'entrada en vigur da quest reglament.</p>
Disposiziuns executivas	<p>VII. Disposiziuns finalas</p> <p>Art. 28</p> <p>En disposiziuns executivas dat la cumissiun administrativa las ordinaziuns previsas en quest reglament e prenda ils conclus necessaris. En cas da basegn po ella publitgar ulteriuras ordinaziuns.</p>
Entrada en vigur	<p>Art. 29</p> <p>Quest reglament entra en vigur il 1. da schaner 2015 s'enter l'approvaziun tras il Corpus catholicum ed abolescha tut las determinaziuns cuntradictoricas, en spezial l'ordinaziun davart l'administraziun da finanzas da la Baselia catolica dal chantun Grischun dals 18 da matg 1960, las disposiziuns executivas per la calculaziun da las contribuziuns da gulivaziun dal 1. da matg 1986 e las disposiziuns executivas per il pajament da contribuziuns ad in'ovra dal 1. da mars 1986.</p>

Disposiziuns executivas tar il reglament da contribuziun

Sa basond sin art. 28 dal reglament da contribuziun dals 29 d'october 2014, relaschadas da la cumissiun administrativa ils 8 d'october 2014

Dumonda preventiv	<p>I. Disposiziuns generalas</p> <p>Art. 1 1 La cumissiun administrativa sa basa tar la dumonda per la decisiun d'approvaziun dal preventiv sin tut las contribuziuns e las structurescha sco suonda: a) contribuziuns finanzialas annualas b) contribuziuns da cumpensaziun da l'inegualitad individuala c) contribuziuns da construcziun d) contribuziuns da promoziun per fusiuns da plaivs e) contribuziuns per la soluziun transitorica ils emprims trais onns suenter l'entrada en vigur dal reglament da contribuziun</p>
Conferma	<p>Art. 2 La plaiv è obligada da confermar ch'ella haja retschet las contribuziuns e ch'ella las dovria per l'adempliment effectiv dals duairs. Il president, il cassier ed in revisur da la plaiv suttascrivan il formular da conferma avant che pajar ora la contribuziun.</p>
Dumber da commembers	<p>II. Contribuziuns finanzialas annualas</p> <p>Art. 3 1 Il dumber da commembers d'ina plaiv per ils 31 da december che vegn duvrà per il preventiv ed il pajament vegn eruì sin basa da las indicaziuns da las plaivs, resp. da las vischnancas politicas. 2 Sco catolics valan burgais svizzers ed esters cun la permissiun da domicil C.</p>
Entradas fiscalas	<p>Art. 4 1 Las indicaziuns davart las entradas fiscalas incassadas ed il pe da taglia da las plaivs vegnan dumandads tar l'administraziun chantunala da taglia. 2 Las entradas da las taglias a la funtauna vegnan resguardadas pir per la calculaziun da las contribuziuns finanzialas annualas per l'onn 2019.</p>
Pe da taglia referenzial	<p>Art. 5 Il pe da taglia referenzial vegn fixà ad interim sin 15%.</p>
Contribuziun da basa	<p>Art. 6 1 La contribuziun da basa vegn fixada ad interim sin CHF 30.00 per catolic. Ella vegn pajada ad interim per maximalmain 1000 catolics per plaiv. 2 Plaivs che incasseschan pli pauc ch'il pe da taglia referenzial na survegnan nagina contribuziun da basa.</p>
Taxa da gulivaziun da la forza fiscal 1. stgalim	<p>Art. 7 La gulivaziun da la forza fiscal 1. stgalim vegn fixada ad interim sin 60%.</p>
Taxa da gulivaziun	<p>Art. 8 La gulivaziun da la forza fiscal 2. stgalim vegn fixada ad interim sin 90%. Las</p>

<p>da la forza fiscala 2. stgalim</p>	<p>plaivs cun almain 600 commembers èn autorisadas da far pretensiuns. La contribuziun vegn pajada ad interim per maximalmain 1000 commembers.</p>
<p>La gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim</p>	<p>Art. 9 La gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim vegn calculada sco suonda:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. las entradas da la taglia da baselgia da la plaiv divididas cun il pe da taglia da la plaiv respectiv e multiplitgadas cun il pe da taglia referenzial (per il mument 15%) = import 1 2. import 1 dividì cun il dumber da commembers da la plaiv respectiva = import 2 3. summa dals imports 1 da tut las plaivs = import 3 4. import 3 dividì cun il dumber da commembers da las plaivs en il chantun Grischun = import 4 5. import 4 multiplitgà cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim (per il mument 60%) = import 5 6. import 5 main import 2 = import 6 7. import 6 multiplitgà cun il dumber da commembers da la plaiv respectiva = import 7. Quest import correspunda a l'import da la gulivaziun da la forza fiscala 1. stgalim.
<p>La gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim</p>	<p>Art. 10 La gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim vegn calculada sco suonda:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. las entradas da la taglia da baselgia da la plaiv divididas cun il pe da taglia da la plaiv respectiv e multiplitgadas cun il pe da taglia referenzial main maximalmain 3% (per il mument 15% ./ 3% = 12%) = import 1 2. import 1 dividì cun il dumber da commembers da la plaiv respectiva = import 2 3. summa dals imports 1 da tut las plaivs = import 3 4. import 3 dividì cun il dumber da commembers da las plaivs en il chantun Grischun = import 4 5. import 4 multiplitgà cun la taxa da gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim (per il mument 90%) = import 5 6. import 5 main import 2 = import 6 7. import 6 main import 6 1. stgalim (tenor art. 8 cif. 6) = import 7 8. import 7 multiplitgà cun il dumber da commembers da la plaiv respectiva (tenor art. 10 ed 11) = import 8. Quest import correspunda a l'import da la gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim.
<p>Dumber minimal da commembers</p>	<p>Art. 11 Plaivs cun almain 600 commembers èn ad interim autorisadas da far pretensiuns per la gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim.</p>
<p>Dumber maximal da commembers per il dretg da far pretensiuns</p>	<p>Art. 12 La gulivaziun da la forza fiscala 2. stgalim vegn pajada ad interim per maximalmain 1000 commembers da la plaiv.</p>
<p>Pe da taglia minimal</p>	<p>III. Cumpensaziun da l'inegualitad individuala</p> <p>Art. 13 Il pe da taglia minimal che legitimescha da retrair la cumpensaziun da l'inegualitad individuala importa ad interim 20%.</p>

Dumonda da contribuziun	<p>Art. 14 A la dumonda per la cumpensaziun da l'inegualitad individuala sto vegnir agiuntà:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ils quintes annuals dals dus onns precedents approvads da la radunanza da la plaiv ed ils quintes annuals da las fundaziuns 2. ils preventivs dals dus onns precedents, da l'onni current e da l'onni sequent 3. la cumprova da fadias da fusiun 4. la dumonda motivada
Dumonda da contribuziun	<p>IV. Contribuziuns da construcziun</p> <p>Art. 15 La dumonda sto vegnir fatga cun il formular da la Baselpia catolica dal chantun Grischun ed inoltrada cun las agiuntas correspondentas.</p>
Dumonda da contribuziun	<p>V. Reglament transitoric</p> <p>Art. 16 La cumissiun administrativa conceda la contribuziun transitorica senza ina dumonda speziala.</p>
Cumulaziun	<p>Art. 17 La contribuziun finanziaria annuala, la cumpensaziun da l'inegualitad individuala e la contribuziun transitorica pon vegnir pajadas a moda cumulativa.</p>
Entrada en vigur	<p>VI. Disposiziuns finalas</p> <p>Art. 18 Questas disposiziuns executivas entran en vigur cun l'ordinaziun davart l'administraziun da finanzas da la Baselpia catolica dal chantun Grischun ed il reglament da contribuziun ed aboleschan tut las determinaziuns contraddictoras, en spezial las disposiziuns executivas per la calculaziun da las contribuziuns da gulivaziun dal 1. da matg 1986 e las disposiziuns executivas per il pajament da contribuziuns ad in'ovra dal 1. da mars 1986.</p>

Ordinanza concernente l'amministrazione delle finanze della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni

Ai sensi dell' Art. 13 Nr. 2 e l' Art. 36 della Costituzione della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni, emanata dal Corpus catholicum il 29 ottobre 2014

Scopo	<p>Art. 1</p> <p>1 La Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni amministra le entrate, il patrimonio nonché i propri fondi e tiene per questo una contabilità autonoma.</p> <p>2 La presente ordinanza costituisce la base legale per le decisioni concernenti le uscite per quanto non regolato diversamente in altre ordinanze.</p>
Controllo	<p>Art. 2</p> <p>1 L'amministrazione delle finanze compete alla commissione di amministrazione.</p> <p>2 Essa viene effettuata dal capo del dipartimento delle finanze. Egli controlla la gestione contabile e ne presenta il rapporto alla commissione di amministrazione.</p> <p>3 In caso di violazione dei loro doveri d'ufficio, i membri della commissione di amministrazione della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni rispondono secondo i principi delle rispettive leggi del Canton Grigioni concernenti la responsabilità dello Stato.</p>
Procacciamento dei mezzi	<p>Art. 3</p> <p>I mezzi vengono procurati attraverso:</p> <ul style="list-style-type: none">a) le entrate della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni provenienti dalle tasse di culto statalib) le entrate provenienti dal patrimonio della Chiesa dello Statoc) le elargizioni e i contributi da parte di terzi
Utilizzo dei fondi	<p>Art. 4</p> <p>1 I fondi annualmente a disposizione della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni devono essere utilizzati per:</p> <ul style="list-style-type: none">a) i contributi finanziari annuali, i sussidi individuali di conguaglio in caso di emergenza, i contributi per costruzioni e i contributi per l'incentivazione delle fusioni di comuni parrocchialib) l'adempimento dei compiti della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigionic) i contributi a terzi, in particolare alla diocesi nonché a istituzioni sociali e caritatived) gli altri costi della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni <p>2 Tramite l'approvazione del preventivo, il Corpus catholicum decide circa la suddivisione dei mezzi e autorizza la commissione di amministrazione al procacciamento degli stessi.</p> <p>3 La commissione di amministrazione è autorizzata ad effettuare annualmente delle spese fino a CHF 50'000.00 al di fuori del preventivo approvato.</p>
Gestione contabile	<p>Art. 5</p> <p>1 La commissione di amministrazione designa una o più persone per la gestione contabile.</p> <p>2 Le persone sono o dipendenti o incaricate della Chiesa cattolica dello</p>

Regolamentazione della facoltà di firma	<p>Stato dei Grigioni.</p> <p>3 La gestione contabile comprende:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) la gestione della contabilità b) l'amministrazione del patrimonio e dei fondi della Chiesa dello Stato c) l'incasso delle entrate d) la regolamentazione delle spese <p>4 La commissione di amministrazione regola i particolari tramite le norme esecutive o le convenzioni sulle prestazioni.</p> <p>Art. 6</p> <p>Per la commissione di amministrazione della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni i firmatari legalmente autorizzati sono due:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) il presidente e un ulteriore membro della commissione di amministrazione b) il presidente e la persona alla quale è stata affidata la gestione contabile c) un ulteriore membro della commissione di amministrazione e la persona alla quale è stata affidata la gestione contabile d) due ulteriori membri della commissione di amministrazione
Organo di controllo	<p>Art. 7</p> <p>1 Organo di controllo è la commissione di gestione del Corpus catholicum.</p> <p>2 In caso di necessità, per l'esame della gestione dei conti la commissione di amministrazione può affiancare alla commissione di gestione una persona esterna.</p> <p>3 Eventualmente, e tenendo conto del rapporto del rispettivo specialista, la commissione di amministrazione presenta rapporto al Corpus catholicum e chiede al Corpus catholicum l'approvazione del conto annuale nonché il discarico degli organi.</p>
Entrata in vigore	<p>Art. 8</p> <p>Questa ordinanza entra in vigore il 1 gennaio 2015, dopo l'approvazione da parte del Corpus catholicum, e abolisce tutte le ordinanze contrastanti, in particolare l' Ordinanza concernente l'amministrazione delle finanze della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni del 18 maggio 1960.</p>

Ordinanza sui contributi

Ai sensi dell'Art. 13 Nr. 2 e dell'Art. 36 della Costituzione della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni, emanata dal Corpus catholicum il 29 ottobre 2014

Oggetto e scopo	I. Principi generali Art. 1 1 Questa ordinanza costituisce la base per il versamento dei contributi finanziari annuali, dei contributi in casi di emergenza, dei contributi per costruzioni nonché per il versamento di sussidi finanziari per l'incentivazione di fusioni di comuni parrocchiali e di contributi transitori della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni ai comuni parrocchiali cattolici. 2 Questa ordinanza regola le competenze, il diritto dei comuni parrocchiali all'ottenimento di un sussidio e il rilevamento dell'ammontare del contributo.
Scopo	Art. 2 I contributi finanziari devono: a) contribuire all'adempimento efficiente e adeguato al rispettivo fabbisogno dei compiti dei comuni parrocchiali b) rafforzare la responsabilità finanziaria dei comuni parrocchiali c) ridurre le conseguenze dovute alla differente forza di prestazione economica dei comuni parrocchiali d) semplificare la gestione delle finanze dei comuni parrocchiali e della Chiesa dello Stato e) evitare casi di emergenza dovuti a circostanze particolari di singoli comuni parrocchiali f) rendere possibile la costruzione e il mantenimento di edifici e arredamenti ecclesiastici e destinati alla pastorazione g) promuovere la fusione di comuni parrocchiali
Riserva circa la decisione per la spesa	Art. 3 I sussidi finanziari annuali, i contributi in casi di emergenza, i contributi per costruzioni, i sussidi per l'incentivazione delle fusioni dei comuni parrocchiali nonché i contributi transitori vengono approvati quali spese complessive dal Corpus catholicum nell'ambito del preventivo e su proposta della commissione di amministrazione. L'esecuzione compete alla commissione di amministrazione. I contributi che spettano ai comuni parrocchiali si basano sui mezzi finanziari sbloccati come da preventivo e vengono limitati dagli stessi.
Scopo	II. Contributi finanziari annuali Art. 4 Accanto alle altre entrate, i contributi finanziari annuali devono contribuire all'adempimento efficiente e adeguato al rispettivo fabbisogno dei comuni parrocchiali.
Categorie dei contributi	Art. 5 I contributi finanziari annuali sono costituiti da: a) l'importo di base b) il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello c) il conguaglio della capacità fiscale al 2. Livello

Base di calcolo	<p>Art. 6</p> <p>Le basi di calcolo per individuare il diritto alla percezione e l'ammontare del contributo finanziario annuale sono:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) il tasso di imposta dei comuni parrocchiali per il prelevamento della tassa di culto, valido per l'anno della decisione di approvazione del Corpus catholicum circa il preventivo e che viene indicato in % dell'imposta cantonale semplice (reddito e patrimonio) b) il numero dei membri dei comuni parrocchiali in data 31 dicembre dell'anno precedente la decisione del Corpus catholicum circa il preventivo c) le entrate fiscali dei comuni parrocchiali sul reddito e sul patrimonio, risultanti dall'imposta alla fonte e dalle prestazioni in capitale d) il tasso di imposta per le tasse di culto, fissato annualmente dalla commissione di amministrazione tra il 13 e il 20% dell'imposta cantonale semplice e) l'importo medio procapite e per ogni comune parrocchiale, calcolato al tasso di imposta per i singoli comuni parrocchiali nel quinto, quarto e terzo anno prima della decisione del Corpus catholicum circa il preventivo delle tasse di culto, l'anno decisionale essendo incluso nel calcolo f) l'importo medio procapite, calcolato mediamente al tasso di imposta di riferimento per tutti i contribuenti cattolici nel Cantone dei Grigioni nel quinto, quarto e terzo anno prima della decisione del Corpus catholicum circa il preventivo delle tasse di culto, l'anno decisionale essendo incluso nel calcolo g) il tasso per il conguaglio della capacità fiscale, calcolato in base al tasso di imposta di riferimento, al primo livello in corrispondenza tra il 40 e il 70 % delle entrate medie procapite delle tasse di culto. Il tasso per il conguaglio della capacità fiscale viene fissato annualmente dalla commissione di amministrazione tra il 40 e il 70 % h) il tasso per il conguaglio della capacità fiscale, calcolato in base al tasso di imposta di riferimento, al secondo livello in corrispondenza tra il 71 e il 100 % delle entrate medie procapite delle tasse di culto. Il tasso per il conguaglio della capacità fiscale viene fissato annualmente dalla commissione di amministrazione tra il 71 e il 100 %
Importo di base	<p>Art. 7</p> <p>1 L'importo di base si situa tra i CHF 10.00 e i CHF 50.00 a persona e viene versato per ogni comune parrocchiale per un numero massimo di 600 – 1200 persone.</p> <p>2 L'importo di base e il numero di persone che per ogni comune parrocchiale ne limita il diritto all'ottenimento, viene stabilito annualmente dalla commissione di amministrazione.</p> <p>3 Aventi diritto all'importo di base sono i comuni parrocchiali il cui tasso d'imposta per la tassa di culto nell'anno di approvazione da parte del Corpus catholicum circa il preventivo raggiunge almeno il tasso d'imposta di riferimento fissato dalla commissione di amministrazione per l'anno in cui sono stati sbloccati i fondi.</p>
Conguaglio della capacità fiscale al 1. livello	<p>Art. 8</p> <p>1 Il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello copre la differenza tra l'importo medio cantonale ai sensi dell'Art. 6 lett. f) moltiplicato il tasso per il conguaglio della capacità fiscale ai sensi dell'Art. 6 lett. g) e l'importo medio comunale ai sensi dell' Art. 6 lett. e).</p>

<p>Conguaglio della capacità fiscale al 2. livello</p>	<p>2 L'ammontare del contributo viene calcolato dall'importo medio cantonale ai sensi dell'Art. 6 lett. f) moltiplicato il tasso per il conguaglio della capacità fiscale ai sensi dell' Art. 6 lett. g) (dal 40 % al 70 %) meno l'importo medio cantonale ai sensi dell' Art. 6 lett. e) moltiplicato il numero di membri del comune parrocchiale ai sensi dell' Art. 6 lett. b).</p> <p>3 Aveni diritto sono i comuni parrocchiali il cui importo procapite si pone al di sotto dell'importo cantonale medio moltiplicato il tasso per il conguaglio della capacità fiscale.</p> <p>Art. 9</p> <p>1 Il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello copre la differenza tra l'importo medio cantonale ai sensi dell'Art. 6 lett. f) moltiplicato il tasso per il conguaglio della capacità fiscale ai sensi dell'Art. 6 lett. h) e l'importo comunale medio ai sensi dell' Art. 6 lett. e), eventualmente previa deduzione del contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello.</p> <p>2 L'ammontare dell'importo viene calcolato dall'importo cantonale medio ai sensi dell'Art. 6 lett. f moltiplicato il tasso per il conguaglio della capacità fiscale ai sensi dell'Art. 6 lett. h (dal 71 % al 100 %) meno l'importo comunale medio ai sensi dell' Art. 6 lett. e, eventualmente previa deduzione del contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello, moltiplicato il numero di membri del comune parrocchiale ai sensi dell' Art. 6 lett. b e Art. 9 Nr. 4.</p> <p>3 Aveni diritto sono i comuni parrocchiali con un numero minimo di membri tra le 600 e le 900 persone e il cui importo medio procapite si pone al di sotto dell'importo medio cantonale moltiplicato con il tasso per il conguaglio della capacità fiscale e il cui tasso d'imposta non si pone al di sotto del 3% del tasso di imposta di riferimento. La commissione amministrativa fissa annualmente il numero minimo di abitanti, tra le 600 e le 900 persone, per il calcolo del contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello.</p> <p>4 Il numero dei membri dei comuni parrocchiali che possono dare adito a un contributo viene limitato dalle 900 alle 1200 persone. Ogni anno la commissione di amministrazione fissa il numero massimo di abitanti determinante per il calcolo del contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello.</p>
<p>Scadenza</p>	<p>Art. 10</p> <p>1 Nel mese di giungo dell'anno che segue la decisione del Corpus catholicum circa il preventivo, la commissione di amministrazione deve dare l'ordine per il versamento dell'importo di base e dei contributi per il conguaglio della capacità fiscale al 1. e 2. livello.</p> <p>2 Fino a quando un comune parrocchiale non fornisce alla Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni entro il 31 dicembre il numero dei membri del comune parrocchiale, i contributi annuali non sono accreditabili e non devono essere versati.</p> <p>III. Sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza</p>
<p>Scopo</p>	<p>Art. 11</p> <p>Il sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza deve contribuire a fare in modo che nei casi in cui il finanziamento ordinario non risulti sufficiente, i comuni parrocchiali possano svolgere i loro compiti in modo efficiente e secondo il loro fabbisogno.</p>

Premesse	<p>Art. 12</p> <p>Le premesse per l'assegnazione di un sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza a un comune parrocchiale sono:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) il prelevamento del necessario tasso di imposta minimo che ogni anno la commissione di amministrazione fissa tra il 20 % e il 25 % dell'imposta cantonale semplice e che b) non sussista nessuna possibilità per una fusione con altri comuni parrocchiali e c) il preventivo venga approvato dalla commissione di amministrazione e d) il comune parrocchiale si impegni a far approvare anticipamene dalla commissione di amministrazione tutte le uscite non previste nel preventivo.
Domande	<p>Art. 13</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Il sussidio individuale per il conguaglio della capacità fiscale viene deciso dalla commissione di amministrazione su domanda del comune parrocchiale all'indirizzo della stessa commissione di amministrazione. 2 Le domande inoltrate dopo il mese di giugno dell'anno in cui è stata presa la decisione circa il preventivo non possono essere prese in considerazione per il preventivo. 3 L'ammontare del contributo dipende dal fabbisogno e dai mezzi disponibili. La commissione di amministrazione decide liberamente. 4 La commissione di amministrazione regola i particolari attraverso le norme esecutive.
Diritto legale	<p>Art. 14</p> <p>Non esiste alcun diritto al versamento di un sussidio individuale di conguaglio.</p>
Scopo	<p>IV. Contributi per costruzioni</p> <p>Art. 15</p> <p>I contributi per costruzioni ai comuni parrocchiali servono a sostenere i costi per la costruzione, il rinnovo e la ristrutturazione delle chiese come anche del loro arredamento stabile, delle cappelle e di altri locali parrocchiali senza arredamento che servono alla pastorazione, allo scopo di agevolare l'adempimento adeguato dei compiti o al mantenimento di strutture murarie di valore.</p>
Premessa	<p>Art. 16</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Hanno diritto al contributo i comuni parrocchiali che nei due anni precedenti la decisione per il contributo hanno applicato per gli stessi due anni almeno il tasso di imposta di riferimento fissato dalla commissione di amministrazioni e che per i cinque anni dopo la decisione per la concessione del contributo si impegnano ad applicare almeno il tasso di imposta di riferimento fissato dalla commissione di amministrazione per l'anno in cui è stata presa la decisione. 2 I contributi per costruzioni vengono assegnati per gli investimenti atti ad agevolare l'adempimento adeguato dei compiti o per il mantenimento di strutture murarie di valore, a condizione che il finanziamento sia garantito.

<p>Ammontare dei contributi</p>	<p>Art. 17</p> <p>1 Nell'arco di 15 anni, per ogni edificio viene versato il 30% dei costi accreditabili, per le chiese al massimo CHF 200'000.00, per le cappelle e per i locali che servono alla pastorazione al massimo CHF 150'000.00. Il contributo non aumenta in seguito all'esecuzione dei lavori a tappe.</p> <p>2 Per individuare i costi accreditabili non vengono detratte altre fonti di finanziamento.</p> <p>3 Nell'accordare i contributi vanno considerati l'urgenza e l'importanza dei singoli progetti per la pastorazione e la storia della civiltà.</p> <p>4 La commissione di amministrazione regola i particolari tramite le norme esecutive.</p>
<p>Spese per le quali non sono previsti dei contributi</p>	<p>Art. 18</p> <p>Non vengono concessi contributi per costruzioni in particolare a:</p> <p>a) le costruzioni e ristrutturazioni con costi accreditabili al di sotto di CHF 50'000.00 per ogni edificio</p> <p>b) i garage per auto, i posti auto coperti e i parcheggi nonché le strade d'accesso</p> <p>c) gli impianti secondari come parchi, recinzioni etc.</p> <p>d) l'acquisto di campane</p> <p>e) il 50 % del risanamento del campanile</p> <p>f) il risanamento del cimitero</p> <p>g) le camere mortuarie</p> <p>h) le tasse di diritto pubblico come le tasse per permessi di costruzione, i contributi per piani di quartiere e per il raccordo</p>
<p>Domanda</p>	<p>Art. 19</p> <p>1 Il contributo per costruzioni viene deciso dalla commissione di amministrazione su domanda del rispettivo comune parrocchiale all'indirizzo della stessa commissione di amministrazione.</p> <p>2 Le richieste vanno inoltrate prima dell'inizio dei lavori di costruzione. È possibile iniziare i lavori soltanto dopo che è stata presa la decisione circa il permesso di costruzione. In caso contrario segue la decadenza del sussidio.</p> <p>3 Le richieste inoltrate dopo il mese di giugno dell'anno in cui è stata presa la decisione circa il preventivo non possono essere prese in considerazione per il preventivo.</p>
<p>Scadenza</p>	<p>Art. 20</p> <p>1 I contributi per costruzioni vengono versati dopo la presentazione del conto finale approvato.</p> <p>2 La commissione di amministrazione può effettuare dei pagamenti a rate.</p> <p>3 La commissione di amministrazione regola i particolari tramite le norme esecutive.</p>
<p>Riduzione e rimborso</p>	<p>Art. 21</p> <p>1 Se entro cinque anni dalla concessione del contributo, il comune parrocchiale avente diritto al contributo abbassa il tasso dell'imposta di culto al di sotto del tasso fiscale di riferimento, ne consegue una riduzione a rate del contributo.</p> <p>2 Se il contributo di costruzione è già stato effettuato e entro cinque anni dalla concessione del contributo il comune parrocchiale abbassa il tasso di imposta sotto il tasso di imposta di riferimento, ne consegue una richiesta di rimborso esente da interessi da parte della Chiesa dello Stato nei confronti del comune parrocchiale.</p>

	<p>V. Sussidio nel caso di fusioni di comuni parrocchiali</p>
Scopo	<p>Art. 22 Con il versamento di sussidi finanziari si intende promuovere la fusione di comuni parrocchiali per l'adempimento più efficiente e adeguato al fabbisogno dei rispettivi compiti e per la creazione di strutture destinate alla pastorazione così come previsto dalla diocesi e dalla Chiesa cattolica dei Grigioni.</p>
Premesse	<p>Art. 23 Hanno diritto ai contributi due o più comuni parrocchiali che si uniscono in un unico comune parrocchiale con 600 o più membri.</p>
Ammontare del contributo	<p>Art. 24 1 Se dei comuni parrocchiali si uniscono, viene concesso un importo di CHF 10'000.00 per ogni comune parrocchiale. In aggiunta a ciò il comune parrocchiale che ha fatto una fusione riceve CHF 400.00 a persona per un massimo di 1000 persone. 2 L'importo viene versato una sola volta per ogni comune parrocchiale. Lo scaglionamento delle fusioni non può avere come esito una riscossione più alta del contributo.</p>
Richiesta	<p>Art. 25 1 Il sussidio viene deciso dalla commissione di amministrazione su richiesta in comune dei comuni parrocchiali che intendono fusionare.</p>
Scadenza	<p>Art. 26 1 Il sussidio è pagabile un mese dopo l'entrata in vigore della decisione per la fusione.</p>
	<p>VI. Disposizione transitoria</p>
Contributo transitorio	<p>Art. 27 Ai comuni parrocchiali che in seguito al cambiamento di sistema subiscono delle minori entrate dai contributi finanziari annuali, nell'anno dell'entrata in vigore della presente ordinanza e nei due anni che seguono l'anno seguente viene versato fino al 100 % e nel terzo anno fino al 50% della media dei contributi ottenuti nel quarto, terzo e secondo anno prima dell'entrata in vigore della presente ordinanza.</p>
	<p>VII. Disposizioni finali</p>
Norme esecutive	<p>Art. 28 La commissione di amministrazione emana tramite delle norme esecutive le regole previste dalla presente ordinanza e prende le necessarie decisioni. In caso di necessità, può emanare ulteriori norme necessarie all'esecuzione.</p>
Entrata in vigore	<p>Art. 29 Questa ordinanza entra in vigore il 1 gennaio 2015, dopo l'approvazione da parte del Corpus catholicum, e abolisce tutte le norme contrastanti, in particolare l'Ordinanza concernente l'amministrazione delle finanze della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni del 18 maggio 1960, il Decreto di applicazione per calcolare i sussidi di conguaglio del 1 maggio 1986 e per la concessione di sussidi per costruzioni del 1 marzo 1986.</p>

Norme esecutive dell'ordinanza sui contributi

Ai sensi dell'Art. 28 dell'ordinanza sui contributi del 29 ottobre 2014, emanata il 8 ottobre 2014 dalla commissione di amministrazione

Proposta preventivo	<p>I. Principi generali</p> <p>Art. 1 1 Alla base della sua proposta per l'approvazione del preventivo, la commissione di amministrazione pone i contributi nel loro insieme e li suddivide come segue: a) contributi finanziari annuali b) sussidi di conguaglio individuali in caso di emergenza c) contributi per costruzioni d) sussidi in caso di fusione di comuni parrocchiali e) nei primi tre anni dopo l'entrata in vigore dell'ordinanza sui contributi, contributi per la soluzione transitoria.</p>
Conferma	<p>Art. 2 Il comune parrocchiale è tenuto a dare conferma dell'ottenimento dei contributi e del loro utilizzo per l'adempimento dei compiti ordinari. Prima del versamento del contributo, il presidente, il cassiere e un revisore del comune parrocchiale firmano il modulo di conferma.</p>
Rilevamento dei membri	<p>II. Contributi finanziari annuali</p> <p>Art. 3 1 Il numero dei membri del comune parrocchiale in data 31 dicembre viene stabilito in base alle indicazioni del comune parrocchiale, rispettivamente del comune politico, e utilizzato per il preventivo e i versamenti. 2 Sono considerati cattolici i cittadini svizzeri e gli strantieri con permesso di domicilio C.</p>
Entrate fiscali	<p>Art. 4 1 Le indicazioni circa le entrate fiscali e il tasso d'imposta dei comuni parrocchiali vengono richiesti presso l'amministrazione cantonale delle imposte. 2 Le entrate risultanti dalle imposte alla fonte vengono prese in considerazione soltanto per il calcolo dei contributi finanziari annuali per l'anno 2019.</p>
Tasso d'imposta di riferimento	<p>Art. 5 Fino a nuove disposizioni il tasso d'imposta di riferimento viene fissato al 15 %.</p>
Importo di base	<p>Art. 6 Fino a nuove disposizioni, il tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello viene fissato al 60 %.</p>
Tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello	<p>Art. 7 1 Fino a nuove disposizioni, l'importo di base viene fissato a CHF 30.00 a persona. Fino a nuove disposizioni l'importo viene versato a un massimo di 1000 persone per ogni comune parrocchiale. 2 I comuni parrocchiali che riscuotono meno del tasso di imposta di</p>

<p>Tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello</p>	<p>riferimento non usufruiscono di nessun importo di base.</p> <p>Art. 8 Fino a nuove disposizioni, il tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello viene fissato al 90 %. Hanno diritto al contributo i comuni parrocchiali con un minimo di 600 membri. Fino a nuove disposizioni il contributo viene versato per un massimo di 1000 membri.</p>
<p>Conguaglio della capacità fiscale al 1. livello</p>	<p>Art. 9 Il tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello viene calcolato nel modo seguente:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Le entrate risultanti dalla tassa ecclesiastica del comune parrocchiale divise per il rispettivo tasso d'imposta del comune parrocchiale moltiplicato con il tasso di imposta di riferimento (al momento pari al 15%) = importo 1 2. L'importo 1 diviso per il numero di membri del comune parrocchiale del rispettivo comune parrocchiale = importo 2 3. La somma dell'importo 1 di tutti i comuni parrocchiali = importo 3 4. L'importo 3 diviso tra il numero dei membri dei comuni parrocchiali del Canton Grigioni = importo 4 5. L'importo 4 moltiplicato con il tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello (al momento pari al 60%) = importo 5 6. L'importo 5 meno l'importo 2 = importo 6 7. L'importo 6 moltiplicato con il numero dei membri dei comuni parrocchiali del rispettivo comune parrocchiale = importo 7. Questo importo corrisponde al contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 1. livello.
<p>Conguaglio della capacità fiscale al 2. livello</p>	<p>Art. 10 Il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello viene calcolato nel modo seguente:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Le entrate risultanti dalla tassa ecclesiastica del comune parrocchiale divise per il rispettivo tasso d'imposta del comune parrocchiale moltiplicato con il tasso d'imposta di riferimento meno un massimo del 3% (al momento pari al 15% ./ 3 % = 12 %) = importo 1 2. L'importo 1 diviso per il numero di membri del comune parrocchiale del rispettivo comune parrocchiale = importo 2 3. La somma dell'importo 1 di tutti i comuni parrocchiali = importo 3 4. L'importo 3 diviso tra il numero dei membri dei comuni parrocchiali del Canton Grigioni = importo 4 5. L'importo 4 moltiplicato con il tasso per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello (al momento pari al 90%) = importo 5 6. L'importo 5 meno l'importo 2 = importo 6 7. L'importo 6 meno l'importo 6 1. livello (ai sensi dell'Art. 8 Nr. 6) = importo 7 8. L'importo 7 moltiplicato con il numero dei membri del comune parrocchiale (numero dei membri del comune parrocchiale ai sensi dell'Art. 10 e 11 delle norme esecutive) del rispettivo comune parrocchiale = importo 8. Questo importo corrisponde al contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello.

<p>Conguaglio della capacità fiscale al 2. livello Numero minimo di membri</p>	<p>Art. 11 Fino a nuove disposizioni, hanno diritto al contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello i comuni parrocchiali con un minimo di 600 membri.</p>
<p>Conguaglio della capacità fiscale al 2. Livello Membri grado massimo del diritto alle prestazioni</p>	<p>Art. 12 Fino a nuove disposizioni, il contributo per il conguaglio della capacità fiscale al 2. livello viene versato a un massimo di 1000 membri del comune parrocchiale.</p>
<p>Tasso d'imposta minimo</p>	<p>III. Sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza</p> <p>Art. 13 Fino a nuove disposizioni, il tasso d'imposta minimo che legittima un sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza equivale al 20 %.</p>
<p>Richiesta di sussidio</p>	<p>Art. 14 Alla richiesta per il sussidio individuale di conguaglio in caso di emergenza vanno acclusi.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. il conto annuale dei due anni precedenti approvato dall'assemblea del comune parrocchiale nonché i conti annuali delle fondazioni 2. i preventivi dei due anni precedenti, dell'anno corrente e dell'anno seguente 3. la dimostrazione dell'impegno a favore di una fusione 4. una richiesta giustificata
<p>Richiesta di sussidio</p>	<p>IV. Contributi per costruzioni</p> <p>Art. 15 La richiesta va inoltrata tramite l'apposito modulo distribuito dalla Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni con aggiunta dei rispettivi allegati.</p>
<p>Richiesta di contributo</p>	<p>V. Disposizione transitoria</p> <p>Art. 16 Il contributo transitorio viene concesso dalla commissione di amministrazione senza che si renda necessaria una particolare richiesta.</p>
<p>Cumulazione</p>	<p>Art. 17 Il sussidio finanziario annuale, il sussidio di conguaglio individuale in caso di emergenza e il contributo transitorio possono essere versati in modo cumulativo.</p>
<p>Entrata in vigore</p>	<p>VI. Disposizioni finali</p> <p>Art. 18 Queste norme esecutive entrano in vigore con l'ordinanza concernente l'amministrazione delle finanze della Chiesa cattolica dello Stato dei Grigioni e con l'ordinanza concernente i contributi e aboliscono tutte le decisioni contrarie, in modo particolare le norme esecutive per il calcolo delle indennità di compensazione del 1 maggio 1986 e le norme esecutive per il versamento di sussidi per costruzioni del 1 marzo 1986.</p>

Verordnung über die Finanzverwaltung der Katholischen Landeskir- che Graubünden

Gestützt auf Art. 13 Ziff. 1 und Art. 36 der landeskirchlichen Verfassung vom Corpus catholicum
erlassen am 18. Mai 1960, letztmals revidiert am 31. Oktober 2007

I. Kasse der katholischen Landeskirche

Art. 1 Zweck

Zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse der katholischen Landeskirche von Graubünden wird eine kantonale Kasse errichtet.
Die Organe der Kasse verwalten auch die landeskirchlichen Fonds.

Art. 2 Mittelbeschaffung

In die Kasse fliessen:

- a) die der Katholischen Landeskirche zukommenden Erträge der staatlichen Kultussteuer;
- b) die Erträge des landeskirchlichen Vermögens;
- c) Zuwendungen Dritter, sofern von den Spendern nichts anderes bestimmt wird.

Art. 3 Aufsicht

Die Verwaltung der Kasse und der landeskirchlichen Fonds steht unter der Aufsicht und Leitung des Corpus catholicum und der Verwaltungskommission.

Art. 4 Kassenverwalter

Die Verwaltung ist einem von der Verwaltungskommission gewählten Kassenverwalter zu übertragen.

Dem Kassenverwalter obliegt im Benehmen mit der Verwaltungskommission insbesondere:

- die Verwaltung der Kasse und der landeskirchlichen Fonds;
- der Einzug der Guthaben;
- die Regelung der Ausgaben;
- die Buchführung und die Rechnungsablage.

Der Kassenverwalter hat Kautionsleistung zu leisten, deren Höhe von der Verwaltungskommission bestimmt wird.

Art. 5 Geldverkehr

Der Geldverkehr vollzieht sich über die Postcheckrechnung und die Graubündner Kantonalbank.

Ausnahmsweise ist der Kassenverwalter zur Entgegennahme von Zahlungen befugt. Er hat solche Zahlungen jedoch ohne Verzug dem Bank- oder Postcheckkonto zu überweisen.

Art. 6 Verfügungsberechtigung

Zur Verfügung über Postcheck- oder Bankkonto ist die Kollektivunterschrift des Präsidenten oder Vizepräsidenten und des Kassenverwalters oder des Sekretärs der Verwaltungskommission erforderlich.

Art. 7 Kontrollorgan

Kontrollorgan ist die Geschäftsprüfungskommission des Corpus catholicum, in der ein Fachmann mitzuwirken hat.

Der Geschäftsprüfungskommission sind alle Akten und Belege vorzulegen, welche zur Überprüfung der Verwaltung und Rechnungsführung benötigt werden.

Art. 8 Verantwortlichkeit

Die Behörden und Funktionäre der Landeskirche haften bei Verletzung ihrer Amtspflichten nach den Grundsätzen des jeweiligen kantonalen Verantwortlichkeitsgesetzes.

II. Verwendung der Mittel**Art. 9** Verwendungszwecke

Die der Landeskirche jährlich zur Verfügung stehenden Mittel sind zu verwenden:

- a) für die Ausrichtung von Ausgleichsbeiträgen an Kirchgemeinden;
- b) für die Ausrichtung von Baubeiträgen an Kirchgemeinden;
- c) für die Aufgaben der Landeskirche;
- d) für die Verwaltungskosten.

Das Corpus catholicum bestimmt jeweils die betragsmässige Aufteilung der Mittel auf diese vier Verwendungszwecke mit der Genehmigung des Voranschlages.

Art. 10 Ausgleichsbeiträge
a) Voraussetzungen

Ausgleichsbeiträge werden Kirchgemeinden ausgerichtet, die die vorgeschriebenen Mindestkirchensteuern erheben. Der mit Einkommens-, Vermögens- und Personalsteuern zu erreichende Mindeststeuerfuss in Prozenten der Kantonssteuern (Einkommens- und Vermögenssteuern) wird durch das Corpus catholicum festgelegt.

Für die Berechnung des Steuerfusses sind die im jeweiligen Rechnungsjahr durch die katholischen Steuerpflichtigen auf dem Gebiete der Kirchgemeinde zu bezahlenden Kantonssteuern und die Steuereinnahmen der Kirchgemeinden massgebend. Die Einzelheiten regelt die Verwaltungskommission.

Überdies muss sich aufgrund der anrechenbaren Ausgaben und der anrechenbaren Einnahmen der Kirchgemeinde, die die Verwaltungskommission festlegt, ein Rechnungsdefizit ergeben.

Art. 11 b) Auflagen

Die Ausrichtung von Ausgleichsbeiträgen kann generell oder im einzelnen Fall an Bedingungen und Auflagen geknüpft werden; insbesondere soll verlangt werden, dass den Pfarrgeistlichen ein angemessenes Gehalt ausbezahlt wird.

Art. 12 Baubeiträge
a) Voraussetzungen

Baubeiträge werden an die Kosten der Kirchgemeinden für den Neubau, Umbau und die Renovation von Kirchen, Kapellen, des Pfarrhauses und anderer der Seelsorge dienenden Pfarreiräumlichkeiten sowie deren Einrichtungen ausgerichtet.

Sie werden einer Kirchgemeinde nur ausgerichtet, wenn diese während mindestens 5 Jahren vor oder nach dem Baubeschluss die für Baubeiträge vorgeschriebenen Mindestkirchensteuern erhob bzw. erhebt. Der mit Einkommens-, Vermögens- und Personalsteuern zu erreichende Mindeststeuerfuss in Prozenten der Kantonssteuern (Einkommens- und Vermögenssteuern) wird durch das Corpus catholicum festgelegt.

Für die Berechnung des Mindeststeuerfusses gilt Art. 10 Abs. 2.

Art. 13 b) Höhe

Es können Baubeiträge bis zu 30% der Gesamtkosten ausgerichtet werden, im Einzelfall jedoch für Kirchen höchstens Fr. 160 000.–, für Pfarrhäuser und andere der Seelsorge dienende Pfarreiräumlichkeiten höchstens Fr. 120 000.–.

Für Gemeinschaftsbauten mehrerer Kirchgemeinden und in Härtefällen können die Höchstbeiträge gemäss Abs. 1 im Einzelfall um höchstens 25% erhöht werden.

Bei der Beitragsgewährung ist die Dringlichkeit und Bedeutung der einzelnen Projekte zu berücksichtigen.

Die Baubeiträge werden nach Vorlage der Schlussabrechnung ausbezahlt. Bei Höchstbeiträgen können Akontozahlungen geleistet werden.

Art. 14 Aufgaben der Landeskirche

Zu den Aufgaben der Landeskirche gehören insbesondere:

- a) die Errichtung eigener landeskirchlicher Werke,
- b) die Mitfinanzierung der Bistumsaufgaben,
- c) die Mitfinanzierung schweizerischer und sprachregionaler Werke,
- d) die Beiträge an Werke und Einrichtungen der katholischen Kirche und von sozialen und karitativen Institutionen im oder für den Kanton Graubünden.

Art. 15 Verfahren

a) Gesuche um Ausgleichsbeiträge

Kirchgemeinden, welche Anspruch auf Ausgleichsbeiträge erheben wollen, haben jährlich innert der von der Verwaltungskommission angesetzten Frist auf amtlichem Formular ein Gesuch unter Beilage der letzten Jahresrechnung und der übrigen vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen.

Sie sind gehalten, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Art. 16 b) Gesuche um Baubeiträge

Gesuche um Beiträge an die Kosten öffentlicher Werke der Kirchgemeinden sind vor Baubeginn unter Beilage des Bauprojektes, des Kostenvoranschlages und des Finanzierungsplanes an die Verwaltungskommission zu richten.

Art. 17 Zuständigkeit

Die Beiträge und Ausgaben werden im Rahmen des durch das Corpus catholicum genehmigten Voranschlages durch die Verwaltungskommission beschlossen.

Der Voranschlag legt die für die Ausgleichsbeiträge und für die Baubeiträge zur Verfügung stehenden Beträge jeweils gesamthaft, jene für die Aufgaben der Landeskirche und für die Verwaltungskosten im einzelnen fest. Ausgaben, die dem fakultativen Referendum gemäss Art. 4 Ziff. 4 lit. b der landeskirchlichen Verfassung unterstehen, müssen im Voranschlag gesondert aufgeführt werden.

III. Schlussbestimmungen**Art. 18** Ausführungsbestimmungen

Die Verwaltungskommission ist ermächtigt, erforderlichenfalls Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Art. 19 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit der Annahme durch das Corpus catholicum in Kraft.

Ausführungsbestimmungen zur Berechnung der Ausgleichsbeiträge

Von der Verwaltungskommission
gestützt auf Art. 10 f. der Verordnung des Corpus catholicum
über die Finanzverwaltung
am 1. Mai 1986 erlassen, letztmals revidiert am 5. März 2009

Art. 1 Voraussetzung für die Ausgleichsberechtigung

Ausgleichsbeiträge erhalten jene gesuchstellenden Kirchgemeinden, welche die vorgeschriebene Mindestkirchensteuer von 13% der einfachen Kantonssteuern erheben und bei der Gegenüberstellung der anrechenbaren Einnahmen und der anrechenbaren Ausgaben ein Defizit erleiden, das sie nicht aus andern, eigenen Mitteln decken können.

Art. 2 Feststellung der Ausgleichsberechtigung und Höhe des Ausgleichs

¹ Die gesuchstellende Kirchgemeinde hat der Verwaltungskommission zusammen mit ihrer Rechnung aus dem Vorjahr die neueste Erklärung der Politischen Gemeinde vorzulegen. Aus dieser muss hervorgehen, wieviel Kantonssteuer die steuerpflichtigen Katholiken im Vorjahr zu entrichten hatten, wobei die Erklärung berücksichtigt:

1. den vollen Kantonssteuerbetrag auf Einkommen und Vermögen (ohne Kopf- und allfällige weitere Steuern) gemäss Veranlagung (Beispiel: für das Gesuch um Ausgleichsbeiträge für das Jahr 1986 ist die Rechnung der Kirchgemeinde für das Jahr 1985 beizulegen, mitsamt der Erklärung der Politischen Gemeinde über die geschuldete Kantonssteuer 1984, die bis zum 31. März 1985 zu zahlen war);
2. den vollen Kantonssteuerbetrag jener ausserhalb des Kantons wohnhaften natürlichen Personen katholischer Konfession, welche Grundstücks-Eigentum im Kirchgemeindesprengel haben;
3. den hälftigen Kantonssteuerbetrag bei jenen kirchensteuerpflichtigen Katholiken, die einen Teil des Jahres in einer andern Politischen Gemeinde arbeiten (Hotelangestellte, Wochenaufenthalter etc.);
4. den Gemeindesteuerbetrag jener in einer andern Bündner Gemeinde wohnenden natürlichen Personen katholischer Konfession, welche Grundstücks-Eigentum im Kirchgemeindesprengel haben;
5. die Bescheinigung jeder Politischen Gemeinde oder jeder Fraktion innerhalb der gleichen Politischen Gemeinde, wenn der Sprengel der ersuchen-

den Kirchgemeinde mehrere Politischen Gemeinden, bzw. mehrere Fraktionen der gleichen Politischen Gemeinde umspannt;

6. die Bescheinigung der entsprechenden Fraktion, wenn der Sprengel der Kirchgemeinde sich nur über einen Teil der Politischen Gemeinde erstreckt.
7. Die Jahresrechnungen (Bilanz und Erfolgsrechnung) sämtlicher Kirchenstiftungen auf Gebiet der Kirchgemeinde sind dem Beitrags-gesuch beizulegen.

² Ob die gesuchstellende Kirchgemeinde den in Art. 1 genannten Mindeststeuerfuss erhebt, prüft die Verwaltungskommission anhand der in Abs. 1 genannten Steuerbeträge, welche von den steuerpflichtigen Katholiken im vergangenen Jahr der Politischen Gemeinde zu entrichten waren.

³ Ferner prüft die Verwaltungskommission, ob die gesuchstellende Kirch-gemeinde, welche den Mindeststeuerbetrag erhebt, mit dem entsprechenden Ertrag sowie mit ihren allfälligen weiteren Einnahmen ihre anrechenbaren Ausgaben decken kann. Bei der Berechnung des Jahresergebnisses sind auch Erträge und Kosten der Kirchenstiftungen zu berücksichtigen. Ein verbleibendes Defizit gleicht die Landeskirche durch Entrichtung des entsprechenden Beitrages aus.

Art. 3 Anrechenbare Einnahmen und Ausgaben

¹ Zu den anrechenbaren Einnahmen gehören und sind von der ersuchenden Kirchgemeinde vorzulegen:

1. der gesamte Ertrag der Kirchensteuern, auch wenn nur 13% des Kantons-steuer-Sollbetrages berücksichtigt werden;
2. der Ertrag aus der sog. Quellenbesteuerung der ausländischen Arbeitneh-mer;
3. die erzielten oder bei ordentlicher Anlage erzielbaren Kapitalzinsen;
4. den Ertrag ihrer Grundstücke (Baurechts-, Miet- und Pachtzinse);
5. die allfälligen weiteren, regelmässigen Einnahmen, die näher zu umschrei-ben sind, nicht aber:
 - 5.1 die freiwilligen Spenden und Vergabungen sowie
 - 5.2 die einmaligen Erlöse aus Bazaren, Sammlungen, Anlässen und der-gleichen;

6. der Beitrag der Politischen Gemeinde an den Religionsunterricht, an die Messmerdienste etc., auch wenn solche Beiträge nicht der Kirchgemeinde, sondern direkt den Bezüglern ausbezahlt werden.

² Zu den anrechenbaren Ausgaben gehören und sind von der ersuchenden Kirchgemeinde zu belegen:

1. das gemäss Anstellungs- und Gehaltsrichtlinien für Pfarrer gültige Gehalt. Die Mitteilung über die Festsetzung des Jahresgehaltes erfolgt durch das Departement Finanzen bis spätestens Mitte Januar an Kirchgemeinde und Pfarrer.;
2. die Vergütung an die Pfarrer-Stellvertretungen, soweit sich diese im Rahmen halten;
3. die Vergütung an die Religionslehrer gemäss separater Besoldungsregelung für nebenamtliche Katecheten;
4. die Vergütung an den Pfarrer für sein Motorfahrzeug, entsprechend der von der Verwaltungskommission in Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse jährlich festzulegenden Entschädigung;
5. die Vergütung an die vollamtliche Pfarrhaushälterin von jährlich Fr. 4200.– in kleineren Gemeinden;
6. die Vergütung an den Messmer sowie die Aufwendungen an die Kirchenreinigung und an die Kirchen-Wäsche nach Ermessen der Verwaltungskommission:
 - 6.1 in kleineren Gemeinden bis zu 900 Katholiken mit jährlich bis Fr. 8000.– und
 - 6.2 in grösseren Gemeinden mit mehr als 900 Katholiken mit jährlich bis Fr. 12 000.–;
7. die Vergütung an den Organisten und an den Dirigenten, wobei diese wie folgt angerechnet wird:
 - 7.1 für den Organisten:
 - 7.1.1 für Begleitung mehrstimmigen Chorgesanges Fr. 105.– pro Gottesdienst;
 - 7.1.2 für Begleitung des Volksgesanges Fr. 55.– pro Gottesdienst; jährlich höchstens Fr. 3600.–;
 - 7.2 für den Dirigenten:
 - 7.2.1 für mehrstimmigen Chorgesang in 1 bis 5 Gottesdiensten Fr. 220.– pro Gottesdienst;
 - 7.2.2 für mehrstimmigen Chorgesang in 6 bis 10 Gottesdiensten Fr. 190.– pro Gottesdienst;

- 7.2.3 für mehrstimmigen Chorgesang in 11 bis 15 Gottesdiensten
Fr. 175.– pro Gottesdienst;
- 7.2.4 für mehrstimmigen Chorgesang in 16 und mehr Gottesdiensten
Fr. 165.– pro Gottesdienst;
jährlich höchstens Fr. 3000.–;
- 7.3 für den Organisten/Dirigenten:
 - 7.3.1 für Orgelbegleitung des mehrstimmigen Chorgesanges den
Dirigentenansatz gemäss 7.2 pro Gottesdienst;
 - 7.3.2 für Orgelbegleitung des Volksgesanges den Organistenansatz
gem. 7.1.2 pro Gottesdienst;
jährlich höchstens Fr. 5400.–;
- 8. die Vergütung für den jährlichen Einzug der Kirchensteuern; die Verwaltung inbegriffen:
 - höchstens 2% des Kirchensteuerertrages, zuzüglich Fr. 500.– Pauschalvergütung, zuzüglich Aufwandsvergütung von Fr. 8.– pro Katholik;
- 9. die Netto-Beiträge der Kirchgemeinde als Arbeitgeber an die Sozialwerke
 - 9.1 AHV/IV, ALV
 - 9.2 obligatorische Unfallversicherung,
 - 9.3 Kranken Taggeldversicherung,
 - 9.4 Kleriker-Pensionskasse und
 - 9.5 Pfarrhaushälterinnen-Pensionskasse, jährlich höchstens $\frac{1}{3}$ der Prämie;
- 10. die Unterhaltskosten für das Kirchengebäude und das Pfarrhaus bis max. Fr. 7000.– pro Gebäude;
- 11. die Kosten für die Beheizung, für den Energie- und Wasserverbrauch sowie für die Abwasserklärung des Kirchengebäudes und des Pfarrhauses, soweit letzteres vom Pfarrer bewohnt wird, von jährlich höchstens Fr. 6000.– pro Gebäude;
- 12. die Kosten für die periodische Wartung der Orgel und der Turmuhr;
- 13. die Kosten für den Unterhalt der Paramenten von jährlich höchstens Fr. 1000.–,
- 14. die ausserordentlichen Zwangsabgaben für das Grundeigentum zufolge des Einbezugs in eine Bodenverbesserung oder des Anschlusses an Versorgungs- und Entsorgungsanlagen;
- 15. die Prämien der kant. Gebäudeversicherung, die Prämien für die Versicherung
 - der Gebäude gegen Wasserschäden

- der Gebäude gegen Glasschäden
- des Kircheninventars und des Haushaltinventars gegen
 - Feuerschäden
 - Einbruchdiebstahl
 - Wasserschäden
 - Glasschäden
- der Haftpflicht gegenüber Dritten

(Siehe auch Merkblatt über die Versicherung der Kirchen und deren Einrichtungen vom 1. 12. 1988);

16. Rückzahlungen von maximal 4 % der jeweils ausgewiesenen Schuld sowie die tatsächlich bezahlten Zinsen von Verbindlichkeiten. Zinsen und Amortisationen werden jährlich bis zu einem Höchstbetrag von Fr. 40 000.– angerechnet;
17. die Anschaffungskosten für Büromaterial und Drucksachen, für Postcheck- und Telefonverkehr des Pfarrers und der Kirchgemeinde von jährlich höchstens Fr. 2400.–;
18. allenfalls weitere Kosten im Zusammenhang mit
 - 18.1 der Aus- und Fortbildung der Religionslehrer,
 - 18.2 dem Fortzug des alten und dem Einzug des neuen Pfarrers je Fr. 500.–
 - 18.3 der Installationsfeier des neuen Pfarrers von höchstens Fr. 500.–;
19. die Aufwendungen der Kirchgemeinde für die Förderung und Unterstützung der kirchlichen Jugendarbeit/Jugendseelsorge in ihren Pfarreien im Betrage von jährlich bis zu Fr. 500.– oder – bei grösseren Kirchgemeinden – bis zu Fr. 1.50 pro Katholik;

³ Zu den nicht anrechenbaren Ausgaben gehören jene:

1. für Neu- und Umbauten, für Renovationen und Restaurationen;
2. für Unterstützungen von Vereinen, Gesellschaften, Kindergärten etc.;
3. für Friedhöfe und Bestattungen;
4. für den Kultus (Hostien, Messwein, Weihrauch, Blumen, Kerzen etc.).

Art. 4 Auskünfte an die Kirchgemeinden

Die Kirchgemeinden können sich über alle Fragen, welche die Ausgleichsbeiträge betreffen, jederzeit an den Vorsteher des Departementes Finanzen und an den Kassenverwalter wenden.

Ausführungsbestimmungen zur Ausrichtung von Werkbeiträgen

Von der Verwaltungskommission
gestützt auf Art. 18 der Verordnung des Corpus catholicum
über die Finanzverwaltung
am 1. März 1986 erlassen, letztmals revidiert am 10. Januar 2008

Art. 1 Beitragssätze und Werke

¹ Die Beitragssätze an die berechtigten Werke richten sich einerseits nach ihrer Gruppen-Zugehörigkeit und andererseits nach der Steuerbelastung in der ersuchenden Kirchgemeinde.

² Zur Gruppe 1 gehören Kirchen und Kapellen, in denen wenigstens einmal wöchentlich Gottesdienst gefeiert wird, sowie deren wesentliche Einrichtungen.

³ Zur Gruppe 2 gehören Kirchen und Kapellen, welche die Voraussetzungen des vorstehenden Absatzes nicht erfüllen, sowie Pfarrhäuser und Kirchgemeindezentren.

⁴ Für die Auslösung der Beiträge an Werke der Gruppen 1 und 2 ist folgende Steuerbelastung der Kirchgemeinde vorausgesetzt:

Steuerbelastung der Kirchgemeinde in Prozenten der einfachen Kantonssteuern	für Werke der Gruppe 1	für Werke der Gruppe 2
13 bis 15%	25%	15%
bis 16%	26%	16%
bis 17%	27%	17%
bis 18%	28%	18%
bis 19%	29%	19%
bis 20% und mehr	30%	20%

Art. 2 Höchstbeiträge in Franken

Es werden folgende Höchstbeiträge ausgerichtet:

- a) für Kirchen und Kapellen der Gruppe 1:
maximal Fr. 160 000.–
- b) für Kirchen und Kapellen der Gruppe 2:
maximal Fr. 50 000.–
- c) für Pfarrhäuser und Kirchgemeindezentren
maximal Fr. 120 000.–

Art. 3 Steuerbelastung der Kirchgemeinden

¹ Bei der Anerkennung der Steuerbelastung einer Kirchgemeinde wird nicht nur deren Steuerfuss berücksichtigt, sondern alle geldwerten Leistungen, welche die Kirchgemeinde von allen Mitgliedern verlangt.

² Freiwillige Beiträge von Kirchgemeindemitgliedern oder Dritten gelten nicht als Steuerabgaben.

Art. 4 Ausnahme-Beiträge

¹ Ausnahmsweise werden Beiträge entrichtet an:

- a) die Elektrifizierung des Glockengeläutes in Werken der Gruppe 1;
- b) die elektronischen Anlagen zur Verbesserung der Akustik in Werken der Gruppe 1;
- c) die Restauration oder Anschaffung einer Orgel in Werken der Gruppe 1;
- d) die Massnahmen zur Inventarisierung und Sicherung der Kultus- und Kunstgegenstände;
- e) die Einrichtung oder Neuordnung eines Archives.

² Die Auszahlung dieser Ausnahme-Beiträge hängt von den gleichen Voraussetzungen ab wie die Entrichtung der Beiträge für die Werke der Gruppe 1. Für Orgeln wird der Ausnahme-Beitrag vom Abrechnungsbetrag von höchstens Fr. 140 000.– ermittelt.

Art. 5 Nicht beitragsberechtigte Werke

Keine Beiträge werden ausgerichtet für:

- a) Autogaragen, Autoeinstell- und -abstellplätze;
- b) Nebenanlagen wie Gartenmauern, Zäune etc.;
- c) Mobiliar und Inventar in Pfarrhäusern und Kirchgemeindezentren;
- d) die Anschaffung von Glocken;
- e) gewöhnliche Unterhaltsarbeiten und Revisionen an Kirchenorgeln;
- f) Renovierungen des Kirchturms und der Kirchuhr sowie der Friedhofseinrichtungen, sofern die politische Gemeinde die Bau- und Unterhaltspflicht erfüllt oder daran Beiträge zu leisten hat.

Art. 6 Beitragskürzungen

Wenn die der Kirchgemeinde verbleibenden Kosten den ihr grundsätzlich zugewilligten Beitrag unterschreiten, ist der Beitrag nach pflichtgemäsem Ermessen zu kürzen.

Art. 7 Mehrere Bauten oder Etappen

¹ Der Beitrag an ein Bauvorhaben, das gleichzeitig mehrere Bauten umfasst, ist nach deren Zugehörigkeit zu den Werken der Gruppe 1 und 2 einzeln zu sprechen.

² Wird ein Bauvorhaben in mehreren Etappen ausgeführt, die sich über weniger als 15 Jahre erstrecken, dürfen die Beiträge an die einzelnen Etappen zusammengezählt nicht mehr ausmachen, als der Beitrag, der bei gleichzeitiger Durchführung des ganzen Bauvorhabens gesprochen worden wäre.

Art. 8 Zeitpunkt der Einreichung und Behandlung der Beitragsgesuche

¹ Die Beitragsgesuche sind vor Baubeginn mit den nötigen Unterlagen gemäss Formular dem Departement Finanzen der Landeskirche einzureichen.

² Der Eingang der Beitragsgesuche wird den Gesuchstellern umgehend schriftlich bestätigt. Über das Gesuch selbst wird innert 3 Monaten entschieden. Der Entscheid wird schriftlich eröffnet.

Art. 9 Auszahlung der Beiträge

¹ Die Auszahlung der Beiträge erfolgt nach Eingang und Genehmigung der Abrechnung.

² Grössere Beiträge werden auf Gesuch hin zeitlich gestaffelt ausbezahlt.

Daten pro Kirchgemeinde	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2010	Steuerfuss 2011	Steuerfuss 2012	Steuerfuss 2013	Steuerfuss 2014	Steuern 2010 vereinnahmt	Steuern 2011 vereinnahmt	Steuern 2012 vereinnahmt	DS pro Katholik bei 15 %
Alvaneu	232	18	18	18	18	18	58'088	59'353	56'935	209
Alvaschein	113	18	18	18	18	18	14'056	15'199	17'032	114
Andeer, Avers, Casti-W, Donath, Ferrera, Lohn, Mathon, Patzen, Rongellen, Zillis	456	17	18	18	18	18	67'697	78'400	75'806	138
Andiast, Waltensburg/Vuorz	339	14	14	14	14	14	28'366	28'282	27'524	89
Angeli Custodi	76	15	15	15	15	15	7'728	8'207	5'008	92
Ardez, Ftan, Guarda	200	15	15	15	15	15	44'045	48'828	39'962	221
Arosa, Langw. Molinis, Peist, St. Peter, Pagig	1125	11	11	11	11	11	243'903	220'545	220'244	277
Arvigo	63	5	5	5	5	5	3'035	3'190	3'349	152
Augio	29	13	13	13	13	13	5'011	4'909	5'014	198
Bergün/Bravuogn	132	15	15	15	15	15	18'300	19'675	17'662	141
Bivio	85	13	13	13	13	13	13'697	14'392	11'600	180
Bonaduz, Tamins, Versam, Tenna, Safien	1907	12	12	12	12	12	362'903	372'594	363'174	240
Braggio	44	13	13	13	13	13	5'032	5'899	7'335	160
Bregaglia Valle (Stampa, Vicosopr. Bondo, Castasegna, Soglio, Casaccia)	328	15	15	15	15	15	59'049	55'300	50'746	168
Breil/Brigels	636	15	15	15	15	15	107'181	112'251	103'457	169
Brienz/Brinzauls	82	17	17	17	17	17	28'586	25'110	22'971	275
Brusio, Campascio, Cavajone, Miralago	804	15	15	15	15	15	152'719	151'014	114'673	173
Buseno	85	13	13	13	13	13	12'163	12'282	8'988	151
Cama (Mitgliederangabe fehlt, nicht erh. Annahme)	400	5	5	5	5	5	47'217	51'365	47'869	366
Campocologno, Zalende	131	15	15	15	15	15	38'519	34'896	32'579	270
Castaneda	170	13	13	13	13	13	27'535	27'148	27'258	185
Cauco	27	13	13	13	13	13	1'525	1'940	2'045	78
Cazis, Portein, Sarn, Tartar, Prüz	836	20	20	20	20	20	180'960	188'532	181'493	165
Celerina/Schlarigna	758	6	6	6	6	6	198'738	201'086	201'557	661
Chur, Haldenstein/Passugg/Meiersb./Tschierschen/Araschgen	15675	11	11	11	11	11	3'565'367	3'446'031	3'292'250	299
Churwalden (Malix / Parpan)	622	15	15	15	15	15	148'796	154'830	145'688	241
Cologna/Sant Antonio	103	15	15	13	15	15	19'008	16'753	9'695	152
Cumbel, Peiden, Duvin, Pitasch	228	17	17	17	17	15	39'302	35'067	36'874	144
Cunter	189	16	16	16	16	16	33'630	32'319	33'975	165
Danis/Tavanasa	363	15	15	15	15	15	61'183	62'739	51'041	161
Dardin	124	15	15	15	15	15	14'492	15'360	14'987	121
Davos (inkl. Dorf/Wolfgang/Laret, Frauenk/Sertig, Glaris/Monstein)	4337	13	13	13	13	13	1'072'176	1'086'644	1'046'034	284
Disentis/Mustér, Cavadiras	1937	12	12	12	12	12	278'324	292'594	273'796	182
Domat/Ems, Felsberg	4955	13	13	13	13	12	1'027'982	1'030'637	965'537	235
Falera	529	13	13	13	13	13	136'883	144'776	127'129	297
Filisur	160	15	15	15	15	15	19'044	17'965	16'881	112
Flims, Trin	1255	10	10	12	12	14	274'157	287'748	344'918	338
Grono	723	10	10	10	10	10	97'607	103'737	97'482	207
Illanz, Luven, Schnaus	1653	17	17	17	17	17	419'062	424'552	407'179	223
Klosters-Serneus, Conters, Küblis, Saas, Luzein, St. Antönien	1335	13.2	13.2	13.2	13.2	13.2	454'830	430'317	359'262	353
Laax	821	10	10	10	10	10	243'375	260'843	238'662	452
Ladir	84	15	15	15	15	15	13'809	14'796	13'872	169
Landarenca	13	15	15	15	15	15	1'792	1'654	1'465	126

Daten pro Kirchgemeinde	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2010	Steuerfuss 2011	Steuerfuss 2012	Steuerfuss 2013	Steuerfuss 2014	Steuern 2010 vereinnahmt	Steuern 2011 vereinnahmt	Steuern 2012 vereinnahmt	DS pro Katholik bei 15 %
Landquart/Igis,Fläsch,Jenins,Maienfeld,Malans	4424	15	15	15	15	15	1'195'689	1'205'455	1'170'792	269
Lantsch/Lenz	381	15	15	15	15	15	88'137	89'215	90'415	234
Le Prese (Pagnoncini sep.)	270	15	15	15	15	15	46'483	60'681	40'772	183
Leggia	121	13	13	13	13	13	12'178	12'065	12'818	118
Lostallo	420	10	13	13	13	13	73'652	95'990	90'436	258
Lumbrein	325	15	15	15	15	15	48'586	46'192	45'957	144
Lumnezia miez (Degen, Vella, Vignogn)	764	17	17	17	17	17	166'692	171'030	146'259	186
Maladers, Calfreisen, Castiel, Lügen	183	17	17	17	17	17	27'812	27'807	27'217	133
Martina (Tschlin Ramosch)	160	5	5	5	5	5	10'743	10'240	10'244	195
Mastrils	219	20	20	20	20	20	59'784	58'329	63'095	207
Medel/Lucmagn	386	15	15	15	15	15	59'623	53'638	59'157	149
Mesocco	1019	11.5	11.5	11.5	11.5	11.5	186'425	182'143	188'765	238
Mon	68	15	15	15	15	15	9'534	8'898	8'478	132
Morissen	206	17	17	17	17	15	35'683	33'035	33'820	146
Mulegns	23	15	15	15	15	15	6'540	5'109	5'311	246
Müstair	631	17	17	17	17	17	131'491	137'549	122'952	183
Obersaxen	728	16	16	16	16	16	201'201	180'466	168'799	236
Pagnoncini	70	15	15	13	15	15	9'084	9'047	7'674	129
Parsonz	98	15	15	15	15	15	16'080	17'255	16'394	169
Paspels, Trans	192	10	10	10	10	10	35'186	36'306	31'343	268
Pigniu	24	15	15	15	15	15	5'590	5'959	5'422	236
Pontresina	881	12	12	12	12	12	326'029	330'605	334'296	469
Poschiavo	1002	15	15	13	13	13	246'691	247'250	214'178	247
Prada	461	15	15	15	15	17	50'912	52'651	47'230	109
Rabius	423	19	19	16	16	16	82'303	81'007	64'310	149
Rhâzüns, Feldis	772	16	16	16	16	16	180'231	156'548	143'611	194
Riom	140	15	15	15	15	15	26'756	24'554	25'669	183
Rodels,Almens,Fürstenu,Pratval, Scharans	478	15	15	15	15	15	83'363	106'276	97'695	200
Rona	57	15	15	13	13	13	6'768	6'434	7'146	125
Rossa (ohne Sta. Domenica und Augio)	41	13	13	13	13	13	7'085	6'940	7'088	198
Roveredo	2019	7	7	9	9	9	195'437	222'880	208'101	205
Rueun	367	16	16	16	16	16	65'780	68'353	66'971	171
Ruschein	267	13	13	16	16	16	36'479	38'444	42'903	158
Sagogn Valendas	436	18	18	18	18	18	128'744	130'986	126'545	246
Salouf	191	15	15	15	15	15	35'647	28'864	30'935	167
Samedan Bever	1926	10	10	10	10	10	348'098	351'809	334'041	268
Samnaun	673	15	15	15	15	15	290'087	245'861	218'709	374
San Carlo	533	15	15	15	15	15	54'584	51'386	52'073	99
San Vittore	568	7	7	7	7	7	57'463	58'081	58'146	218
Savognin	749	17	17	17	17	17	198'473	204'585	181'957	230
Schlans	60	15	15	15	15	15	8'709	7'973	6'819	131
Schluein	415	15	15	15	15	13	82'258	80'131	85'099	199
Schmitten Wiesen	191	20	20	20	20	20	59'990	55'719	50'883	218

Daten pro Kirchgemeinde	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2010	Steuerfuss 2011	Steuerfuss 2012	Steuerfuss 2013	Steuerfuss 2014	Steuern 2010 vereinnahmt	Steuern 2011 vereinnahmt	Steuern 2012 vereinnahmt	DS pro Katholik bei 15 %
Scuol, Sent	1143	15	15	15	15	15	223'985	232'438	214'365	196
Selma	29	13	13	13	13	13	3'734	4'031	4'361	161
Sevgein, Riein, Castrisch	248	13	13	13	13	13	37'737	40'470	37'232	179
Siat	145	16	16	16	16	16	20'275	18'377	20'217	127
Soazza	310	13	13	13	13	13	71'008	77'197	70'570	271
Splügen Hinterrhein Nufenen Sufers	148	15	15	15	15	15	35'765	27'826	29'306	209
St. Antonio	459	15	15	13	15	15	84'428	85'884	68'009	181
St. Moritz, Sils i.E., Silvaplana, Maloja, Champfer	3152	6	6	6	6	6	929'903	917'659	885'440	723
Sta. Domenica	13	13	13	13	13	13	2'247	2'200	2'247	198
Sta. Maria i.C.	116	13	13	13	13	13	16'318	16'435	17'087	165
Stierva (Mutten Null Steuer)	110	15	15	15	15	15	14'773	11'563	12'316	117
Sumvitg	505	20	20	20	20	20	89'076	94'361	82'136	131
Sur, Marmorera	108	17	17	17	17	17	20'536	19'351	16'138	153
Suraua (Camuns, Uors, Tersnaus, Peiden, St. Martin, Surcasti)	205	16	16	16	15	15	11'123	13'039	30'968	84
Surava	139	18	18	18	18	16	24'247	23'575	21'752	139
Surcuolm Mundaun	131	16	16	16	16	16	32'049	33'824	29'012	226
Surrein	242	24	24	24	24	24	57'404	50'499	45'671	132
Tarasp	150	15	15	15	15	15	36'985	33'126	33'713	231
Thusis, Flerden, Masein, Portein, Tschappina, Urmein, Sils	1722	18	18	18	18	18	355'375	351'234	331'629	167
Tiefencastel	174	15	15	15	15	15	38'717	39'140	31'618	210
Tinizong (ohne Rona)	206	15	15	13	13	13	41'050	44'167	33'777	201
Tomils, Rothenbrunnen, Scheid	278	15	15	15	15	15	62'684	59'856	54'390	212
Trimmis Says	1230	14	14	14	14	14	320'710	384'070	330'612	301
Trun	915	15	15	15	15	15	135'816	141'042	143'155	153
Tujetsch	1356	10	13	13	13	13	189'243	251'246	243'675	210
Untervaz	1259	14	14	14	14	14	271'817	288'792	269'332	235
Valchava (Fuldera, Lü; Sta. Maria, Tschieriv)	192	17	17	17	17	17	65'583	57'352	53'433	270
Vals	891	15	15	15	15	15	195'933	190'559	173'313	209
Vaz/Obervez	1570	15	15	15	15	15	549'385	576'949	531'042	352
Verdabbio	144	13	13	13	13	13	13'912	14'123	12'847	109
Viano	75	15	15	15	15	15	8'285	8'109	8'106	109
Vorder- und Mittelprättigau	1313	15	15	15	15	15	222'498	232'638	230'718	174
Vrin	231	15	15	15	15	15	31'609	30'741	25'181	126
Zernez Susch und Lavin	609	15	15	15	15	15	100'253	96'767	91'856	158
Zignau	175	15	15	15	15	15	21'364	19'150	20'013	115
Zizers	1210	13	13	13	13	13	298'706	301'524	282'264	281
Zuoz (La Punt, Madulain, S-Chanf)	1101	8	8	6	6	6	318'018	310'130	209'292	515
Total	89530						19'597'501	19'702'950	18'568'326	

Berechnung pro Kirchgemeinde nach neuem System	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2014	DS pro Kopf bei KG 15 %	DS pro Kopf im Kt. 15 %	DS pro Kopf im KT. 15 % (90 %)	60 % v. 268 = 161	1 Stufe	90% v. 268 = 241 - 161 = 80	2. Stufe	Sockelbeitrag	Total Beitrag 2015
Alvaneu	232	18	209	268	241	-	-	32	-	6'960	6'960
Alvaschein	113	18	114	268	241	47	5'311	80	-	3'390	8'701
Andeer Schams/Avers	456	18	138	268	241	23	10'488	80	-	13'680	24'168
Andiast	339	14	89	268	241	72	24'408	80	-	-	24'408
Angeli Custodi	76	15	92	268	241	69	5'244	80	-	2'280	7'524
Ardez	200	15	221	268	241	-	-	20	-	6'000	6'000
Arosa	1125	11	277	268	241	-	-	-	-	-	-
Arvigo	63	5	152	268	241	9	567	80	-	-	567
Augio	29	13	198	268	241	-	-	43	-	-	-
Bergün/Bravuogn	132	15	141	268	241	20	2'640	80	-	3'960	6'600
Bivio	85	13	180	268	241	-	-	61	-	-	-
Bonaduz	1907	12	240	268	241	-	-	1	1'114	-	1'114
Braggio	44	13	160	268	241	1	44	80	-	-	44
Bregaglia Valle	328	15	168	268	241	-	-	73	-	9'840	9'840
Brigels/Breil	636	15	169	268	241	-	-	72	45'864	19'080	64'944
Brienz/Brinzauls	82	17	275	268	241	-	-	-	-	2'460	2'460
Brusio	804	15	173	268	241	-	-	68	54'764	24'120	78'884
Buseno	85	13	151	268	241	10	850	80	-	-	850
Cama	400	5	366	268	241	-	-	-	-	-	-
Campocologno	131	15	270	268	241	-	-	-	-	3'930	3'930
Castaneda	170	13	185	268	241	-	-	56	-	-	-
Cauco	27	13	78	268	241	83	2'241	80	-	-	2'241
Cazis	836	20	165	268	241	-	-	76	63'631	25'080	88'711
Celerina	758	6	661	268	241	-	-	-	-	-	-
Chur	15675	11	299	268	241	-	-	-	-	-	-
Churwalden-Malix-Parpan	622	15	241	268	241	-	-	0	71	18'660	18'731
Cologna	103	15	152	268	241	9	927	80	-	3'090	4'017
Cumbel-Peiden	228	15	144	268	241	17	3'876	80	-	6'840	10'716
Cunter	189	16	165	268	241	-	-	76	-	5'670	5'670
Danis-Tavanasa	363	15	161	268	241	-	-	80	-	10'890	10'890
Dardin	124	15	121	268	241	40	4'960	80	-	3'720	8'680
Davos	4337	13	284	268	241	-	-	-	-	-	-
Disentis	1937	12	182	268	241	-	-	59	59'114	-	59'114
Domat/Ems-Felsberg	4955	12	235	268	241	-	-	6	6'114	-	6'114
Falera	529	13	297	268	241	-	-	-	-	-	-
Filisur	160	15	112	268	241	49	7'840	80	-	4'800	12'640
Flims-Trin	1255	14	338	268	241	-	-	-	-	-	-
Grono	723	10	207	268	241	-	-	34	-	-	-
Ilanz	1653	17	223	268	241	-	-	18	18'114	30'000	48'114
Klosters-Serneus	1335	13	353	268	241	-	-	-	-	-	-
Laax	821	10	452	268	241	-	-	-	-	-	-
Ladir	84	15	169	268	241	-	-	72	-	2'520	2'520
Landarenca	13	15	126	268	241	35	455	80	-	390	845

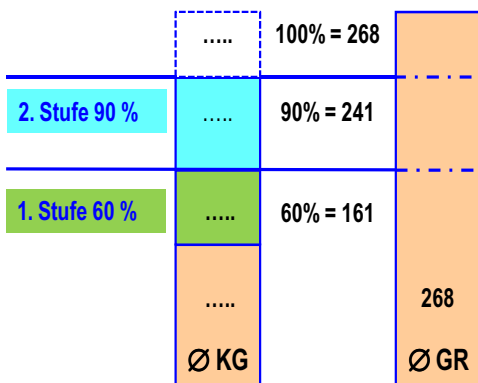
Berechnung pro Kirchgemeinde nach neuem System	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2014	DS pro Kopf bei KG 15 %	DS pro Kopf im Kt. 15 %	DS pro Kopf im KT. 15 % (90 %)	60 % v. 268 = 161	1 Stufe	90% v. 268 = 241 161 = 80	2. Stufe	Socketbeitrag	Total Beitrag 2015
Landquart/Herrschaft	4424	15	269	268	241	-	-	-	-	30'000	30'000
Lantsch/Lenz	381	15	234	268	241	-	-	7	-	11'430	11'430
Le Prese	270	15	183	268	241	-	-	58	-	8'100	8'100
Leggia	121	13	118	268	241	43	5'203	80	-	-	5'203
Lostallo	420	13	258	268	241	-	-	-	-	-	-
Lumbrein	325	15	144	268	241	17	5'525	80	-	9'750	15'275
Lumnezia miez	764	17	186	268	241	-	-	55	42'107	22'920	65'027
Maladers	183	17	133	268	241	28	5'124	80	-	5'490	10'614
Martina	160	5	195	268	241	-	-	46	-	-	-
Mastrils	219	20	207	268	241	-	-	34	-	6'570	6'570
Medel/Lucmagn	386	15	149	268	241	12	4'632	80	-	11'580	16'212
Mesocco	1019	11.5	238	268	241	-	-	3	-	-	-
Mon	68	15	132	268	241	29	1'972	80	-	2'040	4'012
Morissen	206	15	146	268	241	15	3'090	80	-	6'180	9'270
Mulegns	23	15	246	268	241	-	-	-	-	690	690
Müstair	631	17	183	268	241	-	-	58	36'670	18'930	55'600
Obersaxen	728	16	236	268	241	-	-	5	3'723	21'840	25'563
Pagnoncini	70	15	129	268	241	32	2'240	80	-	2'100	4'340
Parsonz	98	15	169	268	241	-	-	72	-	2'940	2'940
Paspels	192	10	268	268	241	-	-	-	-	-	-
Pigniu	24	15	236	268	241	-	-	5	-	720	720
Pontresina	881	12	469	268	241	-	-	-	-	-	-
Poschiavo	1002	13	247	268	241	-	-	-	-	-	-
Prada	461	17	109	268	241	52	23'972	80	-	13'830	37'802
Rabius	423	16	149	268	241	12	5'076	80	-	12'690	17'766
Rhâzüns	772	16	194	268	241	-	-	47	36'372	23'160	59'532
Riom	140	15	183	268	241	-	-	58	-	4'200	4'200
Rodels-Almens	478	15	200	268	241	-	-	41	-	14'340	14'340
Rona	57	13	125	268	241	36	2'052	80	-	-	2'052
Rossa	41	13	198	268	241	-	-	43	-	-	-
Roveredo	2019	9	205	268	241	-	-	36	-	-	-
Rueun	367	16	171	268	241	-	-	70	-	11'010	11'010
Ruschein	267	16	158	268	241	3	801	80	-	8'010	8'811
Sagogn	436	18	246	268	241	-	-	-	-	13'080	13'080
Salouf	191	15	167	268	241	-	-	74	-	5'730	5'730
Samedan	1926	10	268	268	241	-	-	-	-	-	-
Samnaun	673	15	374	268	241	-	-	-	-	20'190	20'190
San Carlo	533	15	99	268	241	62	33'046	80	-	15'990	49'036
San Vittore	568	7	218	268	241	-	-	23	-	-	-
Savognin	749	17	230	268	241	-	-	11	8'324	22'470	30'794
Schlans	60	15	131	268	241	30	1'800	80	-	1'800	3'600
Schluein	415	13	199	268	241	-	-	42	-	-	-
Schmitten	191	20	218	268	241	-	-	23	-	5'730	5'730

Berechnung pro Kirchgemeinde nach neuem System	Katholiken Sommer 12	Steuerfuss 2014	DS pro Kopf bei KG 15 %	DS pro Kopf im Kt. 15 %	DS pro Kopf im KT. 15 % (90 %)	60 % v. 268 = 161	1 Stufe	90% v. 268 = 241 161 = 80	2. Stufe	Sockelbeitrag	Total Beitrag 2015
Scuol	1143	15	196	268	241	-	-	45	45'114	30'000	75'114
Selma	29	13	161	268	241	-	-	80	-	-	-
Sevgein	248	13	179	268	241	-	-	62	-	-	-
Siat	145	16	127	268	241	34	4'930	80	-	4'350	9'280
Soazza	310	13	271	268	241	-	-	-	-	-	-
Splügen	148	15	209	268	241	-	-	32	-	4'440	4'440
St. Antonio	459	15	181	268	241	-	-	60	-	13'770	13'770
St. Moritz-Sils-Silvaplana-Maloja	3152	6	723	268	241	-	-	-	-	-	-
Sta. Domenica	13	13	198	268	241	-	-	43	-	-	-
Sta. Maria i.C.	116	13	165	268	241	-	-	76	-	-	-
Stierva	110	15	117	268	241	44	4'840	80	-	3'300	8'140
Sumvitg/Cumpadials	505	20	131	268	241	30	15'150	80	-	15'150	30'300
Sur-Marmorera	108	17	153	268	241	8	864	80	-	3'240	4'104
Suraua	205	15	84	268	241	77	15'785	80	-	6'150	21'935
Surava	139	16	139	268	241	22	3'058	80	-	4'170	7'228
Surcuolm	131	16	226	268	241	-	-	15	-	3'930	3'930
Surrein	242	24	132	268	241	29	7'018	80	-	7'260	14'278
Tarasp	150	15	231	268	241	-	-	10	-	4'500	4'500
Thusis	1722	18	167	268	241	-	-	74	74'114	30'000	104'114
Tiefencastel	174	15	210	268	241	-	-	31	-	5'220	5'220
Tinizong	206	13	201	268	241	-	-	40	-	-	-
Tomils	278	15	212	268	241	-	-	29	-	8'340	8'340
Trimmis	1230	14	301	268	241	-	-	-	-	-	-
Trun	915	15	153	268	241	8	7'320	80	73'304	27'450	108'074
Tujetsch	1356	13	210	268	241	-	-	31	31'114	-	31'114
Untervaz	1259	14	235	268	241	-	-	6	6'114	-	6'114
Valchava	192	17	270	268	241	-	-	-	-	5'760	5'760
Vals	891	15	209	268	241	-	-	32	28'614	26'730	55'344
Vaz/Observaz	1570	15	352	268	241	-	-	-	-	30'000	30'000
Verdabbio	144	13	109	268	241	52	7'488	80	-	-	7'488
Viano	75	15	109	268	241	52	3'900	80	-	2'250	6'150
Vorder- und Mittelprättigau	1313	15	174	268	241	-	-	67	67'114	30'000	97'114
Vrin	231	15	126	268	241	35	8'085	80	-	6'930	15'015
Zernez/Brail/Susch/Lavin	609	15	158	268	241	3	1'827	80	48'789	18'270	68'886
Zignau	175	15	115	268	241	46	8'050	80	-	5'250	13'300
Zizers	1210	13	281	268	241	-	-	-	-	-	-
Zuoz	1101	6	515	268	241	-	-	-	-	-	-
	89530						252'699		750'259	837'330	1'840'288

Kirchgemeinde:	Politische Gemeinde:
Kirchgemeindemitglieder:	Kirchgemeindemitglieder im Kanton GR	89'643
Steuerfuss der Kirchgemeinde 2014: %	Referenzsteuerfuss für Kirchensteuer 2014: %

Kirchgemeinde:	2010	2011	2012
Steuerfuss : % % %
Effektive Steuereinnahmen:
Umrechnung Steuereinnahmen mit Referenzsteuerfuss:

Ø 2010 - 2012 pro Kirchgemeinde:	Ø Betrag pro Kopf und Kirchgemeinde:
Ø 2010 - 2012 im Kanton GR:	23'985'479	Ø Betrag pro Kopf im Kanton GR:	268



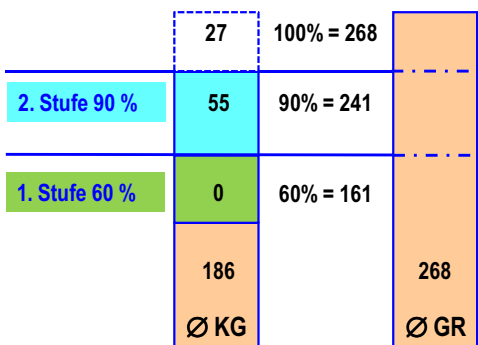
Jährlicher Finanzbeitrag 2015	
Sockelbeitrag:
Steuerkraftausgleich 1. Stufe:
Steuerkraftausgleich 2. Stufe:
Total jährlicher Finanzbeitrag:

Neuregelung der Beiträge der Katholischen Landeskirche GR an die katholischen Kirchgemeinden

Kirchgemeinde:	Lumnezia miez	Politische Gemeinde:	Lumnezia
Kirchgemeindemitglieder:	764	Kirchgemeindemitglieder im Kanton GR	89'643
Steuerfuss der Kirchgemeinde 2014:	17 %	Referenzsteuerfuss für Kirchensteuer 2014:	15 %

Kirchgemeinde:	2010	2011	2012
Steuerfuss:	17 %	17 %	17 %
Effektive Steuereinnahmen:	166'692	171'030	146'259
Umrechnung Steuereinnahmen mit Referenzsteuerfuss:	147'081	150'909	129'052

Ø 2010 - 2012 pro Kirchgemeinde:	142'347	Ø Betrag pro Kopf und Kirchgemeinde:	186
Ø 2010 - 2012 im Kanton GR:	23'985'479	Ø Betrag pro Kopf im Kanton GR:	268



Jährlicher Finanzbeitrag 2015	
Sockelbeitrag:	22'920
Steuerkraftausgleich 1. Stufe:	0
Steuerkraftausgleich 2. Stufe:	42'107
Total jährlicher Finanzbeitrag:	65'027

Neuregelung der Beiträge der Katholischen Landeskirche GR an die katholischen Kirchgemeinden

Neuregelung der Beiträge der Katholischen Landeskirche GR an die katholischen Kirchgemeinden		
Sockelbeitrag 10.00 - 50.00 (30.00 pro Katholik) Referenzsteuerfuss (15 %) höchstens 600 – 1'200 (1'000)	Steuerkraftausgleich	
	<table border="1"> <tr> <td style="text-align: center;"> 1. Stufe 40 % - 70 % (60 %) ohne Bedingungen </td> <td style="text-align: center;"> 2. Stufe 71 % - 100 % (90 %) Referenzsteuerfuss 15 % – 3 % P. mindestens K 600 - 900 (600) höchstens K 900 - 1'200 (1'000) </td> </tr> </table>	1. Stufe 40 % - 70 % (60 %) ohne Bedingungen
1. Stufe 40 % - 70 % (60 %) ohne Bedingungen	2. Stufe 71 % - 100 % (90 %) Referenzsteuerfuss 15 % – 3 % P. mindestens K 600 - 900 (600) höchstens K 900 - 1'200 (1'000)	
Übergangsregelung - im 1. Jahr 100 % - im 2. Jahr 100 % - im 3. Jahr 50 %		
Individueller Härtefallbeitrag - Mindeststeuerfuss 20 % - 25 % - Gesuch		
Baubeiträge Referenzsteuerfuss 15 % (2 Jahre / 5 Jahre) 30 % höchstens 200'000.00 / 150'000.00	Förderung Kirchgemeinden-Fusionen 10'000.00 pro Kirchgemeinde und 400.00 pro K Mindestens 600 K / höchstens 1'000 K	

Neuregelung der Beiträge der Katholischen Landeskirche GR an die katholischen Kirchgemeinden

Politische Gemeinden

Kirchgemeinden innerhalb einer pol. Gemeinde

Albula/Alvra (918) (ab 1.1.15)	Alvaneu (232) Alvaschein (113) Brienz/Brinzauls (82) Mon (68) Stierva (110) Surava (139) Tiefencastel (174)
Domleschg (948) (ab 1.1.15)	Paspels (192) Rodels-Almens (478) Tomils (278)
Poschiavo (2975)	Angeli Custodi (76) Cologna (104) Le Prese (270) Pagnonicini (70) Poschiavo (1002) Prada (461) San Carlo (533) St. Antonio (459)
Sumvitg (1170)	Rabius (423) Sumvitg/Cumpadials (505) Surrein (242)
Trun (1150)	Schlans (60) Trun (915) Zignau (175)
Breil/Brigels (1123)	Breil/Brigels (636) Danis-Tavanasa (363) Dardin (124)
Val Müstair (823)	Müstair (631) Valchava (192)
Arvigo (76)	Arvigo (63) Landarenca (13)
Brusio (1010)	Brusio (804) Campocologno (131) Viano (75)
Landquart (4643)	Landquart/Herrschaft (4424) Mastrils (219)
Val Lumnezia (1959)	Cumbel-Peiden (228) Lumbrein (325) Lumnezia miez (764) Morissen (206) Suraua (205) Vrin (231)
Riom-Parsonz (238)	Parsonz (98) Riom (140)
Tinizong-Rona (263)	Tinizong (206) Rona (57)
Rossa (83)	Augio (29) Rossa (41) Sta. Domenica (13)

Ilanz (2788)	Ilanz (1653) Ladir (84) Pigniu (24) Rueun (367) Ruschein (267) Sevgein/Castrisch/Riein (248) Siat (145)
Total 15 Politische Gemeinden	Total 56 Kirchgemeinden mit insgesamt 20'167 Katholiken
Mögliche Talfusionen	
Surses (1846)	Bivio(85) Cunter (189) Mulegns (23) Parsonz (98) Riom (140) Rona (57) Salouf (191) Savognin (749) Sur Marmorera (108) Tinizong (206)
Calancatal (630)	Arvigo (63) Augio (29) Braggio (44) Buseno (85) Castaneda (170) Cauco (27) Landarenca (13) Rossa (41) Selma (29) Sta. Domenica (13) Sta. Maria (116)

Beispiele altes System

Kirchgemeinde	Steuerfuss	Katholiken	Beitrag/Katholik	Beitrag Ø
Augio	13 %	28	CHF 1'515	CHF 42'400
Braggio	13 %	47	CHF 772	CHF 36'300
Cauco	13 %	18	CHF 517	CHF 9'300
Dardin	15 %	145	CHF 408	CHF 59'125
Landarenca	13 %	13	CHF 888	CHF 11'500
Mon	15 %	66	CHF 866	CHF 57'200
Mulegns	15 %	24	CHF 394	CHF 9'500
Pagnoncini	15 %	70	CHF 460	CHF 32'200
Pigniu	15 %	28	CHF 1'119	CHF 31'300
Rona	15 %	65	CHF 919	CHF 59'735
Sta. Maria i.C.	13 %	75	CHF 937	CHF 70'300
Total		579	CHF 723	CHF 418'900

Strukturen Kirchgemeinden

Grösse	Anzahl	Katholiken	Beitrag Altes System	Verteilt auf Katholiken in KG
1 - 50	9	243	CHF 169'034	243 / 9
51 - 100	12	903	CHF 259'230	755 / 10
101 - 200	28	4'232	CHF 604'378	3244 / 22
Zwischentotal	49 (40 %)	5'378 (6 %)	CHF 1'032'642	4242 / 41
201 - 300	12	2'832	CHF 250'438	2074 / 9
301 - 400	9	3'199	CHF 235'049	2418 / 7
Zwischentotal	70 (57 %)	11'409 (12 %)	CHF 1'518'129	8734 / 57
401 - 500	8	3'548	CHF 128'613	2219 / 5
501 - 600	4	2'135	CHF 142'360	1038 / 2
Zwischentotal	82 (66 %)	17'092 (19 %)	CHF 1'789'102	11991 / 64
601 - 700	5	3'171	CHF 42'240	1267 / 2
701 - 800	6	4'494	CHF 72'356	764 / 1
Zwischentotal	93 (75 %)	24'757 (27 %)	CHF 1'905'698	14022 / 67
801 - 900	5	4'233	CHF 47'183	836 / 1
901 - 1000	1	915	CHF 0	0 / 0
Zwischentotal	99 (80 %)	29'905 (33 %)	CHF 1'950'881	14858 / 68
1001 - 1100	2	2'021	CHF 0	0 / 0
1101 - 1200	3	3'369	CHF 0	0 / 0
Zwischentotal	104 (84 %)	35'295 (39 %)	CHF 1'950'881	14858 / 68
1201 - 2000	14	21'692	CHF 0	0 / 0
über 2000	5	32'543	CHF 0	0 / 0
Total	123 (100 %)	89'530 (100 %)	CHF 1'950'881	14'858 / 68